

Ausschreibungsunterlagen MVV-Regionalbuslinie XXX

Aufgabenträger:
Landkreis XXXX
vertreten durch die
Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV)
Thierschstr. 2, 80538 München

**Landkreis
XXXX**

Münchner Verkehrs- und
Tarifverbund GmbH
Thierschstr. 2
80538 München



Urheberrechtsvermerk

Bei den nachstehenden Dokumenten handelt es sich um Vergabeunterlagen. Diese bestehen aus der Beschreibung der Einzelheiten der Durchführung des Verfahrens und den Vertragsunterlagen, die aus der Leistungsbeschreibung und deren Anlagen bestehen.

Die Verteilung und Vervielfältigung dieser Unterlagen – auch auszugsweise – zum Zwecke der Weitergabe an Dritte oder die Verwendung für den eigenen Geschäftsbetrieb ist gemäß Urheberrechtsgesetz (UrhG) nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des MVV gestattet. Entsprechende Handlungen zur Erstellung eines Angebotes auf die ausgeschriebene Leistung sind von der Zustimmungspflicht ausgenommen. Auf die Ansprüche auf Schadenersatz und Unterlassung sowie auf die strafrechtlichen Folgen im Falle der Zuwiderhandlung gemäß den §§ 97 ff. UrhG wird an dieser Stelle ausdrücklich verwiesen.

Allgemeiner Hinweis

Es sind alle in den Vergabeunterlagen getroffenen Regelungen zu beachten. Bei Vertragsabschluss werden diese Regelungen bindend und sind uneingeschränkt einzuhalten. Jede Ausschreibung trägt den Besonderheiten der zu vergebenden Leistung Rechnung, so dass es – auch bei zeitgleich stattfindenden Ausschreibungen – zu erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Leistungsbeschreibungen kommen kann.

Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV)

Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV)
Bereich Regionalbus
Thierschstr. 2
80538 München

Telefon: +49 (0) 89 / 21033 - 258
Telefax: +49 (0) 89 / 21033 - 298

Inhaltsübersicht

1. Vergabeverfahren	6
1.1. Grundsätzliches zum Vergabeverfahren	6
1.2. Fristen und Termine	6
1.3. Bietergemeinschaften	7
1.4. Ausschluss ungeeigneter Bieter	8
1.5. Rückfragen	9
1.6. Gültige Fassung von Vorschriften	9
1.7. Nachprüfungsbehörde	9
2. Angebote	10
2.1. Allgemeines	10
2.2. Nebenangebote und Änderungsvorschläge	10
2.3. Einsatz von Unterauftragsunternehmen, Nutzung von Anlagen Dritter	10
2.4. Hinweise zur Kalkulation der Angebote	11
2.5. Wertung der Angebote	13
2.6. Äußere Form des Angebots	16
2.7. Verwendung von Vordrucken	16
2.8. Bestandteile des Angebots	17
3. Vertragliche Basis	17
3.1. Grundlage	17
3.2. Genehmigungsvorbehalt	18
3.3. Ausschließliches Recht	18
4. Leistungsbeschreibung und Anforderungsprofil	19
4.1. Leistungsbeschreibung	19
4.2. Leistungsänderungen	21
4.3. Qualitätsvorgaben	21
5. Qualität der Fahrzeuge und Anlagen	22
5.1. Haltestellen	22
5.2. Fahrzeuge	27
6. Fahrpersonal	45
6.1. Grundsätze	45
6.2. Umgang mit Fahrgästen	47
6.3. Kundeninformation	47
6.4. Fahrstil	47
6.5. Weitere Aufgaben des Fahrpersonals	48
6.6. Dienstkleidung	48
7. Sozialstandards	48
8. Betriebsführung und allgemeiner Fahrbetrieb	49
8.1. Grundsätze	49
8.2. Zusammenarbeit	49
8.3. Betriebsaufnahme	50
8.4. Betriebsstörungen	50
8.5. Übermittlung von Echtzeitdaten und LSA-Ansteuerung	51
8.6. Fahrzeugsondernutzung	53
8.7. Fahrausweiskontrollen	53
8.8. Umweltstandards	53

Verzeichnis der Anlagen

Anlagen A Erläuterungen zur Leistungsbeschreibung

Anlage A 1	Linienplan
Anlage A 2	Fahrplan
Anlage A 3	Bildfahrplan
Anlage A 4	Verkehrsvertrag
Anlage A 5	Fahrzeugdesign und -ausstattung
Anlage A 6	Anforderungen Fahrzeug
Anlage A 7	Haltestellen
Anlage A 8	IBIS-Dokumentation für die Fahrzeugrechner für den MVV
Anlage A 9	Anforderungen Fahrzeugrechner
Anlage A 10	Handlungsanweisung Fahrkarten
Anlage A 11	Erläuterungen zum Kalkulationsblatt

Anlagen B Erklärungen/Vordrucke/Muster für Unterlagen, die mit dem Angebot einzureichen sind

Anlage B 1	Angebotsschreiben (Muster)
Anlage B 2	Erklärung Bietergemeinschaft (Vordruck)
Anlage B 3	Erklärung Mitglied Bietergemeinschaft (Vordruck)
Anlage B 4	Bietererklärung (Vordruck)
Anlage B 5	Nachweis Eigentümer/Gesellschafter/zur Führung der Geschäfte bestellter Personen (Muster)
Anlage B 6	- bleibt frei -
Anlage B 7	Nachweis der fachlichen Eignung (Muster)
Anlage B 8	- bleibt frei -
Anlage B 9	Referenzen (Muster und Vordruck)
Anlage B 10	Informationen zum Betrieb (Vordruck)
Anlage B 11	Erklärung zum Einsatz von Subunternehmern (Vordruck)
Anlage B 12	Kalkulationsblatt/Kalkulationsblätter (Vordruck)
Anlage B 13	Erklärung Bereitstellung Ersatzfahrzeuge (Vordruck)
Anlage B 14	Erklärung(en) zusätzlich angebotene Fahrzeugqualität (Muster und Vordruck)
Anlage B 15	Erklärung Übergangsbedienung (Vordruck)
Anlage B 16	Fahrzeugmeldung (Vordruck)
Anlage B 17	Bestuhlungsplan (Muster)
Anlage B 18	Lieferzusage Haltestellen (Vordruck)

Anlagen C Sonstige Anlagen

Anlage C 1	Genehmigungsantrag Regierung von Oberbayern
Anlage C 2	Nutzungsvereinbarung SWM-Businfrastruktur

Verwendete Abkürzungen

BayÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern
BNichtrSchG	Bundesnichtraucherschutzgesetz
BOKraft	Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr
DEFAS	Durchgängiges Elektronisches Fahrgastinformations- und Anschlusssicherungs- System Bayern)
EFM	Elektronisches Fahrgeldmanagement
FPersV	Fahrpersonalverordnung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
ISE	Integrationssystem für Echtzeitdaten (im MVV)
Nwkm	Nutzwagenkilometer
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PBZugV	Berufszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr
RBL	Rechnergestütztes Betriebsleitsystem
RzÖPNV	Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Freistaates Bayern für den öffentlichen Personennahverkehr
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung
StVZO	Straßenverkehrszulassungs-Ordnung
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
VPN	Virtual Private Network / „virtuelles privates Netzwerk“
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen, Teil A

1. Vergabeverfahren

1.1. Grundsätzliches zum Vergabeverfahren

Der Landkreis XXXX, Aufgabenträger nach dem BayÖPNVG, hat die Ausschreibung der MVV-Regionalbuslinie XXX beschlossen. Die Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) führt, entsprechend den ihr übertragenen Aufgaben, als Vertreter des Aufgabenträgers diese Ausschreibung durch.

Die Vergabe des Auftrages erfolgt nach VOL/A Abschnitt 2 im offenen Verfahren. Das Angebot hat auf Grundlage des nachfolgend beschriebenen Vergabeverfahrens und der Leistungsbeschreibung nebst Anlagen schriftlich zu erfolgen.

1.2. Fristen und Termine

1.2.1. Angebotsfrist

Angebote müssen bis **XX. XXXX 2014, 12:00 MESZ** bei der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV), Thierschstraße 2, 80538 München, vorliegen. Angebote, die nicht bis zu diesem Zeitpunkt vorliegen, werden nicht berücksichtigt.

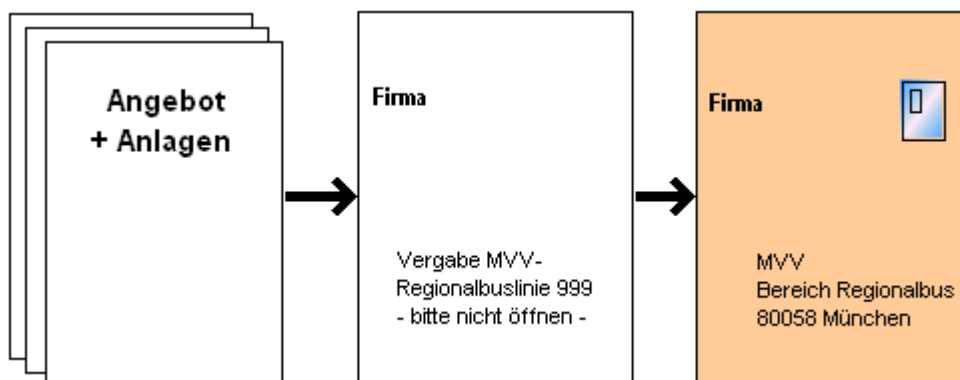
Die Angebote sind

- ⇒ schriftlich in deutscher Sprache,
- ⇒ in einfacher Ausfertigung (nur ein Exemplar),
- ⇒ rechtsverbindlich unterschrieben (bei Bietergemeinschaften durch den bevollmächtigten Vertreter) und
- ⇒ in einem verschlossenen Umschlag unter Kennzeichnung des Absenders und dem Hinweis

„Vergabe MVV-Regionalbuslinie XXX - Bitte nicht öffnen -“

abzugeben.

Bei Postversand ist dieser verschlossene Umschlag in einen Versandumschlag einzulegen.



1.2.2. Rücknahme des Angebotes

Angebote können bis zum Ablauf der Angebotsfrist schriftlich zurückgezogen werden. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist kann ein neues Angebot vorgelegt werden.

1.2.3. Zuschlags- und Bindefrist

Nach Ende der Angebotsfrist sind die Bieter bis zum **XX. XXXX 2014** an ihr Angebot gebunden. Innerhalb dieser Frist kann das Angebot weder zurückgezogen noch verändert werden.

1.2.4. Information unterlegener Bieter

Die Bieter deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, werden gemäß den Regelungen des § 101a GWB vor der Erteilung des Zuschlages über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebotes und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses informiert.

Ferner wird auf die Bestimmungen des § 22 EG VOL/A verwiesen.

1.3. Bietergemeinschaften

1.3.1. Grundsätzliches

Angebote durch Bietergemeinschaften sind zugelassen, soweit es sich nicht um wettbewerbswidrige Absprachen handelt.

1.3.2. Zusätzliche Angaben

Die Bietergemeinschaft muss ihre Mitglieder benennen und eine der beteiligten Firmen als bevollmächtigten Vertreter für die Durchführung des Vergabeverfahrens und den Abschluss sowie die Durchführung des Vertrages benennen. Zudem sind Aussagen über die geplante Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft zu treffen. Das Angebot muss durch den bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft unterschrieben sein.

Dem Angebot müssen ferner folgende Unterlagen beigefügt werden:

⇒ Eine Erklärung der Bietergemeinschaft gemäß Anlage B 2.

Dort sind festzuhalten:

- die Firmen, die im Rahmen der Ausschreibung eine Bietergemeinschaft bilden.
- die Firma, die während des Vergabeverfahrens – und bei Zuschlagerteilung auch während der gesamten Vertragslaufzeit – als bevollmächtigter Vertreter fungiert. Diese Firma ist alleiniger Vertreter der Bieter- bzw. anschließend der Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem MVV.
- die Zusicherung der Bietergemeinschaft, dass die Genehmigung(en) nach § 42 PBefG von den Mitgliedern der späteren Arbeitsgemeinschaft gemeinsam unter Übertragung der Betriebsführung auf den bevollmächtigten Vertreter der späteren Arbeitsgemeinschaft unverzüglich nach Zuschlagserteilung beantragt wird (werden).
- das Einverständnis der Bietergemeinschaft, dass der MVV die Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG und §§ 145 ff. SGB IX entsprechend den Regelungen des § 19 des Verkehrsvertrages ausschließlich namens des bevollmächtigten Vertreters der späteren Arbeitsgemeinschaft bei den zuständigen Behörden beantragen wird.
- dass alle Mitglieder der Bieter- bzw. der Arbeitsgemeinschaft für die Vertragserfüllung und etwaige Schadensersatzansprüche des MVV bzw. des Aufgabenträgers gesamtschuldnerisch haften.

⇒ Von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft eine Erklärung nach Anlage B 3.

Darin erklärt jedes Mitglied der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich seine Zugehörigkeit zu der Bietergemeinschaft und sein Einverständnis mit den o.g. Bedingungen.

1.3.3. Ausschluss von Parallelangeboten

Bieter, die sich im Rahmen einer Bietergemeinschaft an dieser Ausschreibung beteiligen, dürfen darüber hinaus kein eigenständiges Angebot abgeben. Gehen solche Angebote ein, führt dies zwingend zum Ausschluss des Angebotes sowohl dieses Einzelbieters sowie, bei Kenntnis der Bietergemeinschaft vom Angebot dieses Einzelbieters, auch des Angebots der Bietergemeinschaft.

Bieter, die sich im Rahmen einer Bietergemeinschaft an dieser Ausschreibung beteiligen, dürfen sich darüber hinaus nicht an einer weiteren Bietergemeinschaft im Rahmen dieser Ausschreibung beteiligen. Gehen solche Angebote ein, führt dies zwingend zum Ausschluss der Angebote beider Bietergemeinschaften.

Ein Ausschluss ist allerdings dann nicht zwingend, wenn die Bieter **mit Angebotsabgabe** nachvollziehbar darstellen, dass und aus welchen Gründen der Geheimwettbewerb doch gewahrt ist.

1.4. Ausschluss ungeeigneter Bieter

1.4.1. rechtskräftige Verurteilung

Ein Unternehmen ist von der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren wegen Unzuverlässigkeit auszuschließen, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen Verstoßes gegen eine der in § 6 EG Abs. 4 VOL/A genannten Straftaten rechtskräftig verurteilt ist.

Im Rahmen der Bietererklärung nach Anlage B 4 erklärt der Bieter, dass keine Umstände vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme aus den o.g. Gründen zur Folge hätte. Auf Anforderung der Vergabestelle sind unverzüglich aktuelle amtliche Führungszeugnisse der betreffenden Personen vorzulegen.

1.4.2. fehlende fachliche Eignung

Der Nachweis der fachlichen Eignung nach § 3 PBZugV ist gemäß § 13 PBefG Voraussetzung für die Erteilung der für die Erbringung der gegenständlichen Leistung erforderlichen Linienverkehrsgenehmigung nach § 42 PBefG. Ein entsprechender Nachweis für den verantwortlich zuständigen Mitarbeiter (Verkehrsleiter i.S.d. Verordnung EG Nr. 1071/2009 - dies ist in der Regel ein Geschäftsführer oder Prokurist) des Bieters ist dem Angebot beizugeben. Bei Bietergemeinschaften ist die fachliche Eignung für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln nachzuweisen.

Kann ein Nachweis der fachlichen Eignung nicht erbracht werden, führt dies zum Ausschluss des Bieters.

1.4.3. Ausschluss von wettbewerbsbeschränkenden Abreden

Alle Abreden zwischen Bietern, die geeignet sind, den Wettbewerb in unzulässiger Weise zu beschränken oder verhindern, sind unzulässig.

Hat der Auftragnehmer als Bieter aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, so stellt dies einen außerordentlichen, sofortigen Kündigungsgrund dar. Daneben behält sich der

MVV bzw. der Aufgabenträger die Geltendmachung von Schadensersatz vor. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird, bereits gekündigt oder bereits erfüllt ist.

1.4.4. weitere Eignungsgesichtspunkte

Neben den geforderten Eignungsnachweisen können bei der Eignungsprüfung auch Erkenntnisse und Erfahrungen mit den betreffenden Bietern aus früheren Vertragsverhältnissen berücksichtigt werden und ggf. zum Ausschluss des Bieters wegen fehlender Eignung führen.

Ebenso können Auskünfte anderer Auftraggeber, die im Rahmen von Referenzabfragen zu dem betreffenden Bieter befragt wurden, berücksichtigt werden. Entsprechende Referenzen gemäß Anlage B 9 sind dem Angebot beizugeben. **Es ist nicht erforderlich, Referenzen für Leistungen im MVV-Regionalbusverkehr abzugeben.**

Darüber hinaus hat der Bieter zu erklären, ob in den letzten drei Jahren Vertragsverhältnisse mit öffentlichen Auftraggebern über vergleichbare Leistungen vom Auftraggeber außerordentlich gekündigt wurden, und ggf. die betreffenden Auftraggeber mit Ansprechpartner und die geltend gemachten Kündigungsgründe zu benennen. Diese Erklärung ist Bestandteil der Bietererklärung gemäß Anlage B 4.

Bei Bietergemeinschaften finden diese Regelungen auf jedes einzelne Mitglied der Bietergemeinschaft Anwendung. Eine fehlende Eignung eines einzelnen Mitgliedes kann also zum Ausschluss der gesamten Bietergemeinschaft führen.

1.5. Rückfragen

Rückfragen sind schriftlich und in deutscher Sprache an den MVV zu richten. Soweit erforderlich, werden bei Problemstellungen auch die anderen Bewerber entsprechend informiert. Mündliche Auskünfte werden nicht erteilt.

Enthalten die Ausschreibungsunterlagen nach Ansicht des Bewerbers Unklarheiten, hat er den MVV unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen. Auf die Ausschlusswirkungen des § 107 Abs. 3 GWB wird hingewiesen.

1.6. Gültige Fassung von Vorschriften

Alle in diesen Vergabeunterlagen genannten Vorschriften und Normen sind in der am Tag der Bekanntmachung der Ausschreibung gültigen Fassung maßgeblich.

1.7. Nachprüfungsbehörde

Zuständig ist:

**Regierung von Oberbayern
Vergabekammer Südbayern
80534 München**

Telefon: +49 (0) 89 2176-2411 Telefax: +49 (0) 89 2176-2847

vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de;

<http://www.regierung.oberbayern.bayern.de>

2. Angebote

2.1. Allgemeines

Die in den Abschnitten 4 bis 8 definierten Leistungs- und Qualitätsstandards verstehen sich als Mindestanforderungen und sind verbindlich.

Das Angebot muss insbesondere die Betriebskosten ausweisen und die sonstigen in den Vergabeunterlagen geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Es muss rechtsverbindlich unterschrieben sein. Nicht unterschriebene Angebote werden von der Wertung ausgeschlossen. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Bei der Wertung der Angebote durch den MVV wird allein auf die im Rahmen des Angebots abgegebenen Zusagen und Beschreibungen abgestellt. Bereits vorhandene Kenntnisse des MVV über den Bieter – z.B. durch langjährige Zusammenarbeit – werden bei der Wertung der Angebote nicht berücksichtigt. Es ist darauf zu achten, im Angebot ggf. auch solche Angaben zu machen, die beim MVV als bereits bekannt vorausgesetzt werden könnten.

Angaben im Angebot müssen verbindlich dargestellt sein, reine Absichtserklärungen werden bei der Wertung der Angebote nicht berücksichtigt.

Der Bieter hat in seinem Angebot einen zur Abgabe von Erläuterungen des Angebotes autorisierten, deutschsprachigen Ansprechpartner zu benennen, mit dem der MVV während der Auswertungsphase offene Fragen klären kann.

Über Gesetzes- oder Verordnungstexte, Normen und dergleichen hat sich der Bieter selbst zu informieren.

Aufwendungen für die Erstellung der Angebote werden nicht erstattet.

2.2. Nebenangebote und Änderungsvorschläge

Nebenangebote und Änderungsvorschläge sind nicht zulässig.

Soweit der Auftraggeber Optionen oder Alternativangebote ausdrücklich fordert oder wünscht, ist dies ausschließlich und abschließend in Abschnitt 4 dargelegt.

2.3. Einsatz von Unterauftragsunternehmen, Nutzung von Anlagen Dritter

2.3.1. Subunternehmen (Unterauftragsunternehmen)

Der Einsatz von Subunternehmen ist zulässig. Der Auftragnehmer muss aber einen bedeutenden Anteil der Leistung selbst erbringen, auf Art. 4 Abs. 7 VO 1370/2007 wird verwiesen.

Ist die Vergabe von Teilleistungen an Subunternehmen bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vorgesehen, hat der Bieter im Angebot Art und Umfang der Leistung anzugeben, die er an Subunternehmen übertragen will (siehe Anlage B 11). Die vorgesehenen Unternehmen sind zu benennen.

Soll eine solche Untervergabe zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, so ist vorab die schriftliche Zustimmung des MVV einzuholen.

Für Subunternehmen sind die in Anlage B11 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen. Gegenüber dem Auftraggeber ist alleine der Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Leistungserbringung verantwortlich. Dies gilt auch für die durch Subunternehmen in seinem Auftrag durchgeführten Leistungen (z.B. Fahrleistung oder Haltestellenbestückung und -pflege).

Die Einhaltung der MVV-Qualitätsstandards durch die Subunternehmen ist vom Auftragnehmer ständig zu überwachen. Das Subunternehmen hat an seinen Fahrzeugen einen Hinweis anzubringen, dass es im Auftrag des Liniengenehmigungsinhabers verkehrt (z.B. durch Zusatzbeschriftung unterhalb der nach § 20 Abs. 1 Satz 1 BOKraft vorgeschriebenen Beschriftung oder mittels Steckschild an der Frontscheibe).

2.3.2. Informationspflicht gegenüber dem Subunternehmen

Subunternehmen sind bei Anforderung eines Angebotes davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt. Gemäß § 11 EG VOL/A hat der Auftragnehmer, der nicht selbst öffentlicher Auftraggeber ist, sofern er Unteraufträge an Dritte vergibt, die Regeln über die Berücksichtigung mittelständischer Interessen (§ 2 EG Abs. 2 VOL/A) einzuhalten. Dem Subunternehmen ist der Auftraggeber zu benennen. Dem Subunternehmen dürfen durch den Auftragnehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen – insbesondere hinsichtlich der Gewährleistung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – gestellt werden, als zwischen Auftragnehmer und MVV vereinbart sind. Bei der Einholung von Angeboten sind kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen. Der Bieter hat den Verträgen mit Subunternehmen die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) zugrunde zu legen.

2.3.3. Nutzung von Dienstleistungen und Anlagen Dritter oder verbundener Unternehmen

Soweit Dienstleistungen oder Anlagen Dritter oder verbundener Unternehmen für wertungsrelevante Leistungen genutzt werden, ist der jeweilige **Partner zu benennen** und dem Angebot eine entsprechende **Einverständniserklärung dieses Partners** beizugeben. Beispiele hierfür wären:

- Abstellung von Fahrzeugen auf dem Gelände einer Spedition in örtlicher Nähe zum Bedienungsgebiet,
- Rückgriff auf Fahrzeuge und Personal eines Mutter-, Tochter- oder Schwesterunternehmens,
- Gestellung von Ersatzfahrzeugen durch ein anderes Verkehrsunternehmen.

Nicht angezeigt werden müssen Werkstatt- oder Reinigungsleistungen durch Dritte.

2.4. Hinweise zur Kalkulation der Angebote

2.4.1. Netto-Prinzip

Die Betriebskosten (Kostensatz je Nutzwagenkilometer) sind ohne Umsatzsteuer und in Euro anzugeben. Die sich aus der Kalkulation ergebenden Betriebskostenzuschüsse sind nach derzeitiger Rechtslage nicht steuerbar.

2.4.2. Zuschüsse Dritter

Finanzielle Abreden des Verkehrsunternehmens mit Dritten (auch nicht-öffentlichen Zuschussgebern oder Gebietskörperschaften) hinsichtlich der Linienverkehrsbedienung im Rahmen der ausgeschriebenen Leistung sind dem MVV ohne Ausnahme vor Vertragsschluss anzuzeigen, bedürfen der vorherigen Zustimmung des MVV und sind in der Kalkulation zu berücksichtigen und gesondert auszuweisen. Bestehen entsprechende verbindliche Zusagen schon zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe, sind sie in der Kalkulation zu berücksichtigen und gesondert auszuweisen.

2.4.3. Inanspruchnahme von Fördermitteln

Die Regierung von Oberbayern fördert grundsätzlich die Beschaffung von Fahrzeugen. Ob für die Neubeschaffungen der Fahrzeuge, die für die Durchführung dieses Vertrages benötigt werden, tatsächlich Zuschüsse gewährt werden, kann derzeit nicht beurteilt werden.

Hinsichtlich der geforderten Neufahrzeuge sind deshalb bei den Kalkulationen zunächst keine Fördermittel in Ansatz zu bringen.

Der Bieter verpflichtet sich jedoch durch die Abgabe des Angebots, Fördermittel für die geforderten Neufahrzeuge zu beantragen und, so sie gewährt werden, in vollem Umfang kostenmindernd an den Aufgabenträger weiter zu geben. Zur Berechnung werden die tatsächlichen Beträge in die abgegebenen Kalkulationen (Anlage B 12) eingesetzt. Für die Antragstellung sind insbesondere die Regelungen der RzÖPNV zu beachten.

Bei Gebrauchtfahrzeugen sind evtl. gewährte Fördermittel in der Kalkulation darzustellen und in Ansatz zu bringen.

2.4.4. Kalkulationsblatt

Für die Kalkulation ist das als Anlage B 12 beigefügte Kalkulationsblatt zu verwenden. Abschnitt 2.7. ist zu beachten. Das Kalkulationsblatt kann bei Bedarf (z.B. beim Einsatz mehrerer Fahrzeuge auf einer MVV-Regionalbuslinie) vervielfältigt werden. Die Gesamtkosten/Jahr aus den Einzelkalkulationen der Fahrzeuge sind vom Bieter in einer separaten Zusammenstellung zu addieren. Die sich ergebende Summe (Gesamtkosten der Linienverkehrsbedienung) wird durch die Nutzwagenkilometerleistung gemäß Abschnitt 4.1.2. geteilt. Dies ergibt den Kostensatz je Nutzwagenkilometer für eine MVV-Regionalbuslinie. Die Kostensätze werden kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

Die im Kalkulationsblatt geforderten Angaben sind als Mindestanforderung zu verstehen, weitergehende Angaben sind den Bietern freigestellt. Die Angaben im Kalkulationsblatt bilden die Grundlage für die Prüfung der Angebote nach der VOL/A und diesen Vergabeunterlagen sowie für spätere Änderungen der Betriebskosten auf Grund von Leistungsänderungen. Sie sind subventionserheblich; Falschangaben können strafrechtliche Folgen haben.

Unvollständige, fehlerhafte oder nicht nachvollziehbare Angaben können zum Ausschluss des Angebotes führen.

Weitere Erläuterungen zum Ausfüllen des Kalkulationsblattes und zu den erforderlichen Berechnungen können Sie der Anlage A 11 entnehmen.

Es sind XXX Kalkulationen abzugeben:

- eine für die MVV-Regionalbuslinie XXX,
- eine für die MVV-Regionalbuslinie XXX Verstärker.

2.4.5. Änderung und Anpassung der Kostensätze

Die gemäß 2.4.4. ermittelten Gesamtkosten und die daraus resultierenden Kostensätze sind i.d.R. nicht über die gesamte Vertragslaufzeit anwendbar. Sie unterliegen Änderungen auf Grund von Veränderungen des Leistungsbildes (vgl. Abschnitt 4.2.). Ferner sind gemäß § 20 Abs. 4 des Verkehrsvertrages Anpassungen auf Grund veränderter Erstellungskosten möglich (Preisfortschreibung auf Grundlage von Daten des statistischen Bundesamtes).

Änderungen in Folge von Leistungsänderungen und Anpassungen im Rahmen der Preisfortschreibungen sind getrennt voneinander zu betrachten.

Änderungen in Folge von Leistungsänderungen erfolgen grundsätzlich auf Grundlage der in der Kalkulation (Anlage B 12) ausgewiesenen Einzelwerte.

Anpassungen im Rahmen der Preisfortschreibung werden jeweils der letzten Kalkulation (Ausgangskalkulation oder Kalkulation einer Leistungsänderung) hinzuge-rechnet. Die Kostensätze werden kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

Beispiel:

Kostensatz gemäß Angebot der Ausschreibung:	2,00 €/Nwkm
Anpassung gem. § 20 Abs. 4 auf Grund der Daten des stat. Bundesamtes + 5%	
neuer Kostensatz:	2,10 €/Nwkm
Leistungsänderung, neue Leistungsdaten werden in die Kalkulation der Ausschreibung eingesetzt. Es errechnet sich ein neuer Kostensatz von 1,95 €/Nwkm	
diesem ist die Anpassung von + 5 % hinzuzurechnen	
neuer Kostensatz:	2,05 €/Nwkm

2.5. Wertung der Angebote

Den Zuschlag erhält das wirtschaftlichste Angebot. Dabei ist der Angebotspreis nicht allein ausschlaggebend. Maßgeblich für die Wertung sind die im Folgenden genannten Zuschlagskriterien, die jeweils in der genannten Größenordnung in die Bewertung einfließen:

- ⇒ Zuschlagskriterium 1: die Betriebskosten **zu 75%**,
- ⇒ Zuschlagskriterium 2: die vom Bieter garantierte Zeit, bis Ersatzfahrzeuge zum Einsatz kommen können, zu **5 %**,
- ⇒ Zuschlagskriterium 3: vom Bieter über die Vorgaben bzw. Mindestanforderungen hinaus angebotenen Fahrzeugqualitäten zu **10 %**,
- ⇒ Zuschlagskriterium 4: der vom Bieter zugesagte Zeitpunkt für die Lieferung der Neufahrzeuge und die ggf. angebotene Qualität der Fahrzeuge für die Übergangszeit zu **10 %**.

Für jedes Zuschlagskriterium werden maximal 100 Punkte vergeben, diese Punkte werden jeweils mit den o.g. Sätzen gewichtet. Die Bewertung der einzelnen Zuschlagskriterien wird im Folgenden beschrieben. Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot mit der höchsten Punktzahl. Bei Punktgleichheit entscheidet der niedrigere Angebotspreis.

2.5.1. Zuschlagskriterium 1 – Betriebskosten

Für das Zuschlagskriterium 1 bildet der niedrigste gebotene Kostensatz die Basis der Berechnung. Punkte werden für Angebote vergeben die innerhalb einer Bandbreite von 15% über dem günstigsten Preis liegen. Der niedrigste Kostensatz erhält die höchste Punktzahl, alle weiteren Angebote werden entsprechend ihrer Abweichung zu diesem Kostensatz innerhalb der genannten Bandbreite mit geringeren Punktzahlen bewertet. Berücksichtigt werden generell nur die zur Wertung zugelassenen Angebote.

Beispiel:

Angebot 1:	2,32 €/Nwkm
Angebot 2:	2,02 €/Nwkm
Angebot 3:	2,00 €/Nwkm
Angebot 4:	2,10 €/Nwkm
Niedrigstes Angebot:	2,00 €/Nwkm

Betrachtet wird eine Bandbreite von 15% über dem niedrigsten Angebot

Betrachtete Bandbreite: 2,00 € – 2,30 €

Das Angebot mit 2,00 € bekommt die Höchstpunktzahl (100), Angebote mit 2,30 € oder schlechter 0 Punkte. Alle Werte dazwischen werden entsprechend linear bewertet. Dies ergäbe für die o.g. Beispielwerte folgende Punkteverteilung:

Angebot 1:	2,32 €/Nwkm	⇒	0 Punkte
Angebot 2:	2,02 €/Nwkm	⇒	93 Punkte
Angebot 3:	2,00 €/Nwkm	⇒	100 Punkte
Angebot 4:	2,10 €/Nwkm	⇒	67 Punkte

Die so ermittelte Punktzahl wird mit dem Faktor **75** multipliziert.

Soweit in einem Vergabeverfahren mehrere Kostensätze anzubieten sind (z.B. für mehrere Linien in einem Linienbündel), wird für die Wertung ein Durchschnittskostensatz ermittelt. Die einzelnen Kostensätze werden dazu mit der jeweiligen jährlichen Betriebsleistung gemäß Abschnitt 4.1.2. multipliziert, die sich so ergebenden einzelnen Jahreskosten addiert und durch die Summe der jährlichen Betriebsleistung gemäß Abschnitt 4.1.2. dividiert.

2.5.2. Zuschlagskriterium 2 – garantierte Zeit Bereitstellung Ersatzfahrzeug

Für die Bereitstellung von Ersatzfahrzeugen gelten die Vorgaben unter Abschnitt 8.4. Garantierte Höchstzeiten, bis zu denen im Bedarfsfall Ersatzfahrzeuge am Einsatzort eintreffen (z.B. Übernahme der Fahrgäste aus defektem Fahrzeug; Aufnahme wartender Fahrgäste am Linienendpunkt), werden bei der vergleichenden Angebotswertung entsprechend den nachfolgenden Vorgaben berücksichtigt:

> 30 min:	0 Punkte
25-30 min:	10 Punkte
20-25 min:	30 Punkte
15-20 min:	50 Punkte
10-15 min:	75 Punkte
< 10 min	100 Punkte

Der Bieter muss darlegen, wie die Einhaltung der getroffenen Zusage sichergestellt wird. Für die erforderlichen Angaben ist der Vordruck gemäß Anlage B 13 zu verwenden.

Die ermittelte Punktzahl wird mit dem Faktor **5** multipliziert.

2.5.3. Zuschlagskriterium 3 – zusätzlich angebotene Fahrzeugqualität

Die für die gegenständlichen Leistungen erforderlichen Fahrzeuge sind in den Abschnitten 4.1.5. und 5.2. ff sowie in der Anlage A 6 verbindlich definiert. Verschiedene Qualitätsmerkmale sind dort als „Mindestanforderung“ oder als „wünschenswert“ dargestellt. Der Bieter hat die Möglichkeit, hier Fahrzeuge anzubieten, die auch als „wünschenswert“ angegebene Qualitätsmerkmale aufweisen (z.B. höhere Platzkapazität). In den Anlagen B 14 (i.d.R. mehrere Blätter) sind die jeweils möglichen Zusatzpunkte vermerkt. Der Bieter hat in Anlage B 14 zu kennzeichnen, welche zusätzlichen Qualitäten er verbindlich anbietet. Es werden in der Summe (ggf. aller Anlagen B 14) bis zu 100 Punkte vergeben.

Die ermittelte Punktzahl wird mit dem Faktor **10** multipliziert.

Für alle **bereits vorhandenen** Fahrzeuge, die zum Einsatz für die gegenständlichen Leistungen vorgesehen sind, sind ferner Fahrzeugmeldungen nach Anlage B 16 vorzulegen.

2.5.4. Zuschlagskriterium 4 – Lieferung Neufahrzeuge/Übergangszeit

Für die gegenständliche Leistung sind die in den Abschnitten 4.1.5. und 5.2. ff. genannten und in Anlage A 6 näher definierten Neufahrzeuge zu beschaffen.

Sollte die Beschaffung der erforderlichen Neufahrzeuge im Zeitraum bis zur Betriebsaufnahme nicht möglich sein, so können andere Fahrzeuge für die Übergangszeit eingesetzt werden. Auf die Bestimmungen in Abschnitt 5.2.5.3 wird verwiesen.

Für dieses Zuschlagskriterium findet neben der zugesagten Lieferzeit auch die Qualität der Fahrzeuge für die Übergangszeit Berücksichtigung.

Punkte werden wie folgt vergeben:

- | | | |
|---|---|------------|
| a) Neufahrzeuge stehen zu Betriebsaufnahme zur Verfügung | ⇒ | 100 Punkte |
| b) Neufahrzeuge stehen innerhalb von zwei Monaten nach Betriebsaufnahme zur Verfügung | ⇒ | 40 Punkte |
| c) Neufahrzeuge stehen innerhalb von vier Monaten nach Betriebsaufnahme zur Verfügung | ⇒ | 10 Punkte |
| d) Neufahrzeuge stehen später als vier Monate nach Betriebsaufnahme zur Verfügung | ⇒ | 0 Punkte |

Zusätzlich zu b), c) oder d)

- | | | |
|--|---|-----------|
| e) Fahrzeuge für die Übergangszeit entsprechen der Kategorie B | ⇒ | 50 Punkte |
| f) Fahrzeuge für die Übergangszeit entsprechen der Kategorie C | ⇒ | 30 Punkte |
| g) Fahrzeuge für die Übergangszeit entsprechen der Kategorie D | ⇒ | 0 Punkte |

Der Bieter muss die getroffenen Zusagen im Zweifel überzeugend und nachprüfbar belegen können (z.B. durch Vorlage einer Bestätigung des Herstellers). Für die erforderlichen Angaben ist der Vordruck gemäß Anlage B 15 zu verwenden. Dort ist auch zu vermerken, ob für die Beschaffung der erforderlichen Neufahrzeuge ein Vergabeverfahren durchgeführt werden muss.

Für die für die Übergangszeit vorgesehenen Fahrzeuge sind Fahrzeugmeldungen nach Anlage B 16 vorzulegen.

Die ermittelte Punktzahl wird mit dem Faktor **10** multipliziert.

Soweit nicht für alle Fahrzeuge die gleichen Zusagen getroffen werden können, wird ein Durchschnittswert ermittelt.

Beispiel:

Insgesamt sind vier Fahrzeuge für die Übergangszeit erforderlich, zwei entsprechen der Kategorie B, zwei der Kategorie C:

50 Punkte + 50 Punkte + 30 Punkte + 30 Punkte = 160 Punkte / 4 = 40 Punkte

2.6. Äußere Form des Angebots

Die Angebote sind in einfacher Ausfertigung (ein Exemplar) einzureichen

- ⇒ als Lose-Blatt-Sammlung,
- ⇒ in einem Schnellhefter,
- ⇒ in einem Klemmhefter oder
- ⇒ in vergleichbarer Form.

Alle Seiten des Angebots sind fortlaufend über alle Bestandteile und Anlagen zu nummerieren. Dies kann auch von Hand geschehen.

Es wird um die Verwendung von weißem Papier oder Recyclingpapier gebeten. Es sollten weder Hochglanzpapier noch Trennblätter noch in Prospekthüllen eingelegte einzelne Blätter verwendet werden. Ferner wird gebeten, die Unterlagen nicht gebundenen einzureichen (wie z.B. Ring-, Spiral-, Leim- oder Thermobindung).

Bei der Wertung der Angebote finden

- ⇒ Prospekte des Bieters,
- ⇒ Broschüren,
- ⇒ Jubiläumsschriften,
- ⇒ Zeitungs- oder Zeitschriftenbeiträge oder
- ⇒ sonstige allgemeine Informationsmaterialien über den Bieter oder über von ihm verwendete Fahrzeuge oder Anlagen,

die nicht offensichtlich einen konkreten Informationsgehalt bezüglich der Zuschlagskriterien oder hinsichtlich der verlangten Nachweise haben, keine Berücksichtigung. Von der Einsendung derartiger Unterlagen mit dem Angebot ist daher abzusehen.

2.7. Verwendung von Vordrucken

Soweit für einzelne Erklärungen vom MVV bestimmte Mustervordrucke vorgegeben sind, sind diese Vordrucke zu verwenden. Sie können bei Bedarf vervielfältigt werden.

Es sind dabei ausschließlich die im Rahmen dieser Ausschreibung vorgegebenen Vordrucke auf Basis der übermittelten Dateien zu benutzen. Aufgrund der hohen formalen Anforderungen an eine Ausschreibung muss i.d.R. allein die Verwendung eines abweichenden Vordruckes (z.B. aus einer vorhergehenden Ausschreibung oder durch auch nur versehentliche Änderungen durch Abschreiben) zum Abschluss eines Angebotes führen.

2.8. Bestandteile des Angebots

Ein Angebot besteht mindestens aus folgenden Bestandteilen:

- Angebotsschreiben gemäß Anlage B 1
- Erklärung Bietergemeinschaft gemäß Anlage B 2 (soweit zutreffend)
- Erklärung Mitglied Bietergemeinschaft gemäß Anlage B 3 – je Mitglied der Bietergemeinschaft (soweit zutreffend)
- Bietererklärung gemäß Anlage B 4 – bei Bietergemeinschaften je Mitglied
- Nachweis Eigentümer/Gesellschafter/zur Führung der Geschäfte bestellter Personen gemäß Anlage B 5 – bei Bietergemeinschaften je Mitglied; für Subunternehmer
- Nachweis der fachlichen Eignung gemäß Anlage B 7 – bei Bietergemeinschaften je Mitglied; für Subunternehmer
- Referenzen gemäß Anlage B 9 – bei Bietergemeinschaften je Mitglied; für Subunternehmer
- Informationen zum Betrieb gemäß Anlage B 10 – bei Bietergemeinschaften je Mitglied; für Subunternehmer
- Erklärung zum Einsatz von Subunternehmern gemäß Anlage B 11 (soweit zutreffend)
- Kalkulationsblatt/Kalkulationsblätter gemäß Anlage B 12
- Erklärung Bereitstellung Ersatzfahrzeuge gemäß Anlage B 13
- Erklärung(en) zusätzlich angebotene Fahrzeugqualität gemäß Anlage B 14
- Erklärung Übergangsbedienung gemäß Anlage B 15
- Fahrzeugmeldung gemäß Anlage B 16 für bereits vorhandene Fahrzeuge
- Bestuhlungsplan gemäß Anlage B 17 für bereits vorhandene Fahrzeuge und für zur Beschaffung vorgesehene Fahrzeuge
- Lieferzusage Haltestellen gemäß Anlage B 18

Die vorstehend genannten Unterlagen verstehen sich als Mindestanforderungen. Enthält ein Angebot eine oder mehrere dieser Unterlagen nicht, muss das Angebot von der Wertung ausgeschlossen werden.

3. Vertragliche Basis

3.1. Grundlage

Grundlage der Zusammenarbeit ist der abzuschließende Verkehrsvertrag. Das Muster des Vertrages liegt als Anlage A 4 bei. Der Vertrag tritt mit Erteilung des Zuschlages in Kraft.

Bestandteile des Vertrages sind zudem

- ⇒ die Vergabeunterlagen. Diese bestehen aus der Leistungsbeschreibung nebst Anlagen (Vertragsunterlagen) und dem Angebot des Verkehrsunternehmers, auf das der Zuschlag erteilt wurde.
- ⇒ der jeweils gültige Fahrplan bzw. die gültigen Fahrpläne für die Leistungen, die Gegenstand dieser Ausschreibung sind.

⇒ die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

3.2. Genehmigungsvorbehalt

Der Vertrag ist an das Bestehen einer Genehmigung nach dem PBefG für den Betrieb der vertragsgegenständlichen Linie gebunden. Bis zur Erteilung der Genehmigung ist der Verkehrsvertrag schwebend unwirksam.

3.2.1. Beantragung der Genehmigung

Der Gewinner der Ausschreibung hat deshalb unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von sieben Tagen nach Zuschlagerteilung eine Genehmigung nach § 42 PBefG

- für die Vertragslaufzeit,
- unter Verwendung des in diesen Unterlagen vorgegebenen Fahrplans und
- unter Anwendung des MVV-Gemeinschaftstarifs

zu beantragen. Dies ist dem MVV zeitgleich nachzuweisen. Das Formular für den Genehmigungsantrag ist als Anlage C 1 beigelegt.

3.2.2. Einstweilige Erlaubnis

Wird der Verkehr zunächst aufgrund einer einstweiligen Erlaubnis erbracht, finden die vertraglichen Regelungen entsprechende Anwendung.

3.2.3. Versagung, Ablauf oder Entzug der Genehmigung

Wird die Genehmigung endgültig nicht erteilt, ist der Verkehrsvertrag nichtig. Soweit der Verkehr schon im Rahmen einer einstweiligen Erlaubnis erbracht wurde, werden die Regelungen des nichtigen Vertrags bis zum Zeitpunkt des Erlasses des Ablehnungsbescheids entsprechend angewendet.

Bei Ablauf ohne Wiedererteilung, bei Widerruf, Erlöschen oder Entbindung von der Genehmigung endet der Vertrag automatisch, ohne dass weitere Ansprüche des Verkehrsunternehmens entstehen.

3.2.4. Schadensersatz

Der MVV behält sich die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen für den Fall vor, dass der Gewinner der Ausschreibung aus Gründen, die ihm zuzurechnen sind, eine Genehmigung i.S.d. Vorgaben dieser Ausschreibung nicht erhält (z.B. aufgrund Rücknahme des Genehmigungsantrages oder Stellung eines Antrages, der den Vorgaben dieser Ausschreibung nicht entspricht).

3.3. Ausschließliches Recht

Dieser Vertrag begründet während seiner Laufzeit ein ausschließliches Recht im Sinne von Art. 2 lit. f) VO 1370/2007 i.V.m. § 8a Abs. 8 PBefG. Das ausschließliche Recht schützt die gegenständlichen Leistungen vor Verkehren, die das Fahrgastpotenzial dieser Leistungen nicht nur unerheblich beeinträchtigen, soweit sie vom Auftraggeber nicht selbst veranlasst werden. Es umfasst dabei Leistungen gemäß den §§ 42 und 43 PBefG.

4. Leistungsbeschreibung und Anforderungsprofil

4.1. Leistungsbeschreibung

Die MVV-Regionalbuslinie XXX stellen hohe Anforderungen an den Auftragnehmer, das Fahrpersonal und die eingesetzten Fahrzeuge. Dies ist bei der Erstellung des Angebots, vor allem aber bei der Durchführung des Auftrages zu berücksichtigen. Allen Bietern wird daher empfohlen, sich vor Abgabe des Angebotes intensiv mit den betrieblichen und verkehrlichen Bedingungen vor Ort vertraut zu machen.

4.1.1. Linienweg

MVV-Regionalbuslinie XXX: XXX ⇔ XXX ⇔ XXX

(Details siehe Linienplan, Anlage A 1)

4.1.2. Betriebsleistung und Betriebstage

Die Betriebsleistung (pauschalierte Jahresleistung) beträgt:

MVV-Regionalbuslinie XXX: ca. **XXX.XXX** Nutzwagenkilometer/Jahr,

Diese Betriebsleistungen bilden die Grundlage für die Ermittlung der jeweiligen Kostensätze je Nutzwagenkilometer im Rahmen der Kalkulation (vgl. Abschnitt 2.4. ff. und Anlage A 11 und Anlage B 12).

Bei der angegebenen Betriebsleistung handelt es sich um eine pauschalierte Leistung für ein Musterjahr, bestehend aus:

- 249 Betriebstagen Montag-Freitag an Werktagen, davon
 - 186 Betriebstagen Montag-Freitag an Schultagen und
 - 63 Betriebstagen Montag-Freitag an schulfreien Tagen
- 53 Betriebstagen Samstag an Werktagen und Tagen mit vergleichbarem Leistungsangebot (z.B. 24. und 31.12.)
- 52 Betriebstagen Sonntag
- 11 Betriebstagen Feiertag außer Sonntag

Diese Betriebstage sollten entsprechend für die Berechnung der Einsatzstunden herangezogen werden.

Ein Betriebstag umfasst alle Fahrten ab 4.00 Uhr bis 3.59 Uhr des darauffolgenden Tages.

An Heiligabend (24. Dezember) und Silvester (31. Dezember) verkehren die MVV-Regionalbusse i.d.R. wie an Samstagen, soweit diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen.

4.1.3. Fahrplan

(Siehe Anlage A 2)

4.1.4. Haltestellen

Die allgemeinen Regelungen zu Haltestellenmasten sind dem Abschnitt 5.1. zu entnehmen. Für die gegenständlichen Leistungen sind bereits vorhandene Haltestellen vom bisherigen Altbetreiber abzulösen, oder es sind neue Haltestellenmasten aufzustellen; vorhandene Haltestellenmasten, die anderen Betreibern bzw. anderen MVV-Regionalbuslinien zugeordnet sind, können mitbenutzt werden.

Bitte beachten Sie, dass sich die Haltestellen der MVV-Regionalbuslinien XXX und XXX überschneiden, die Gesamtsumme sich damit also von der Summe der Einzelwerte unterscheiden kann.

MVV-Regionalbuslinie	XXX	XXX	Gesamt
Anzahl Haltestellen	XX	XX	XX
Anzahl Haltestellenmasten	XX	XX	XX

- Davon befinden sich im Eigentum anderer Verkehrsunternehmen und können kostenfrei mitbenutzt werden: XXXXXX Stück
- Davon befinden sich im Eigentum der Stadtwerke München GmbH und können gegen ein Nutzungsentgelt mitbenutzt werden: XXXXXX Stück

Das Nutzungsentgelt beläuft sich auf XXXXX € zzgl. MwSt. Das Entgelt ist in der Kalkulation bei der Position "Haltestellen" mit zu berücksichtigen. Ein Muster der abzuschließenden Nutzungsvereinbarung liegt als Anlage C 2 bei.

- Davon sind, bei vertragsgemäßigem Zustand, von den derzeitigen Linienbetreibern abzulösen: XXXXXX Stück.

Der Ablösebetrag beläuft sich auf XXXXX € zzgl. MwSt.. Dieser Ablösebetrag ist in der Kalkulation bei der Position "Haltestellen" mit zu berücksichtigen, daneben ist auch Abschnitt 5.1.1.4. zu beachten.

- Davon sind neu zu errichten: XXXXX Stück

Auf der gegenständlichen MVV-Regionalbuslinie ist die Beschaffung von Haltestellenmasten mit Anti-Graffiti-Beschichtung für Kopf- und Fußschilder, Linieneinschübe sowie die Fahrplankästen verbindlich vorgegeben. Die Mehrkosten dafür belaufen sich auf etwa 70,00 € je Haltestellenmast, insgesamt sind für einen Masten daher ca. 920,00 € zu veranschlagen. Auf die weiteren Bestimmungen in Abschnitt 5.1.3 wird verwiesen.

- Ferner sind für XXX Haltestellen jeweils XXX neue Linieneinschübe zu beschaffen.

4.1.5. Fahrzeuge

MVV-Regionalbuslinie XXX: **X Neufahrzeuge**, 12 m Niederflur (Kategorie A)

MVV-Regionalbuslinie XXX: **X Neufahrzeuge**, 12 m Niederflur (Kategorie A)

MVV-Regionalbuslinie XXX Verstärker: **X Gebrauchtfahrzeug**, 12 m Niederflur (Kategorie B oder C)

Die detaillierten Vorgaben zu den Fahrzeugen können der in Anlage A 6 beigefügten Übersicht entnommen werden.

4.1.6. Dauer des Auftrages

vom **XX. Dezember 20XX** bis zum Fahrplanwechsel am **XX. Dezember 20XX** jeweils von Beginn bzw. bis zum Ende des jeweiligen Betriebstages (vgl. Abschnitt 4.1.2.).

4.2. Leistungsänderungen

Der Auftraggeber kann nachträglich Änderungen der vertraglich vereinbarten Leistungen – auch solche, die sich nicht auf die Beschaffenheit der Leistung beziehen – verlangen (z.B. Leistungsausweitungen, Leistungseinschränkungen oder Leistungsergänzungen), es sei denn, dass diese für den Auftragnehmer unzumutbar sind.

Leistungsausweitungen können z.B. erforderlich werden bei Anbindung neuer Wohn- oder Gewerbegebiete, bei Ausdehnung der Verkehre an den Tagesrandlagen oder bei Einführung und Ausdehnung von Wochenendverkehren. Auch aus anderen Gründen kann zudem der Einsatz größerer Fahrzeuge erforderlich werden.

Leistungseinschränkungen können z.B. bei einem nicht unwesentlichen Rückgang der Fahrgastzahlen erforderlich werden.

Leistungsergänzungen, insbesondere Verstärkerfahrten, können z.B. im Schülerverkehr nötig werden. Die Notwendigkeit für solche Ergänzungsleistungen ergibt sich häufig erst kurzfristig und zuweilen nur für einen bestimmten begrenzten Zeitraum.

Ändern sich durch Leistungsänderungen die Grundlagen der angegebenen Betriebskosten, so sind neue Betriebskosten unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten auf Basis der Kalkulationsangaben in Anlage B 12 zu ermitteln und zu vereinbaren. Im Zweifelsfall sind vom Auftragnehmer Unterlagen vorzulegen, die Mehrkosten, die in der Kalkulation Berücksichtigung finden sollen, belegen. § 1 Abs. 9 und § 2 Abs. 2 des Verkehrsvertrages gelten hier sinngemäß. Die Vereinbarung ist unverzüglich zu treffen.

Verbleiben durch Leistungsänderungen Remanenzkosten beim Auftragnehmer, so sind sie von diesem nachzuweisen und in der nachgewiesenen Höhe vom Auftraggeber zu übernehmen. Die Kalkulationen nach Abschnitt 2.4.4. bilden die Grundlage für die Bemessung entsprechender Ansprüche. Der Auftragnehmer ist seinerseits verpflichtet, alles zu tun, um diese Kosten so gering wie möglich zu halten.

Können sich die Parteien nicht auf die Änderung der Vergütung einigen, kann jede Partei eine Klärung durch das zuständige Gericht herbeiführen. Ein Leistungsverweigerungsrecht kann nicht auf eine noch nicht erfolgte Einigung gestützt werden.

4.3. Qualitätsvorgaben

Die in den Abschnitten 5 - 8 definierten allgemeinen Qualitätsstandards sind einzuhalten und verstehen sich als Mindestkriterien, soweit im Abschnitt 4 nichts Abweichendes geregelt ist.

Die Qualitätsstandards sind sowohl vom MVV als auch vom Auftragnehmer kontinuierlich zu überwachen. Der MVV behält sich vor, unangemeldete Kontrollen zu den definierten Vorgaben durchzuführen. Die Einhaltung der nachfolgend festgelegten Qualitätsstandards ist über die gesamte Vertragslaufzeit zu gewährleisten. Das unternehmerische Risiko für die Einhaltung der definierten Qualitätsstandards trägt der Auftragnehmer.

Werden Qualitätsstandards nicht eingehalten, hat der MVV entsprechend den Regelungen des Verkehrsvertrages das Recht, Vertragsstrafen zu verhängen.

5. Qualität der Fahrzeuge und Anlagen

5.1. Haltestellen

Die Zuständigkeiten für die Ausgestaltung der Haltestellen verteilen sich auf verschiedene Verantwortliche:

Ausstattung	VU verant- wortlich	MVV	Gemeinde Straßen- baulastträ- ger
Haltestellenmast	Aufstellung Pflege	Gestaltung, Konzeption	
Haltestellenkennzeichen (Zeichen 224 StVO) ⇒ Liniennummer und Fahrtziel ⇒ Haltestellenname ⇒ Logos (MVV/Aufgabenträger/Gemeinde)	✓ ✓ ✓	✓ ✓ ✓	✓
Informationen (im witterungsgeschützten Fahrplankasten) ⇒ Gültiger MVV-Fahrplan ⇒ Gültiger MVV-Tarifschemaplan ⇒ MVV-Werbeplakate	Anbringung Pflege Anbringung Pflege Anbringung Pflege	Bereitstellung Bereitstellung Bereitstellung	
Aufstellfläche für die Fahrgäste			✓
Wetterschutz (an stärker frequentierten Haltestellen)			✓

Der Auftragnehmer trägt mithin die Kosten für Übernahme, Neubeschaffung und Einbau der Haltestellenmasten.

Es bestehen einheitliche Qualitätsstandards zur Gestaltung der **Haltestellenmasten** und der dort präsentierten Informationen. Der Auftragnehmer ist für die Einrichtung der Haltestellen sowie Aufstellung und Unterhalt der Haltestellenmasten verantwortlich. Bei der Aufstellung und Inbetriebnahme der Haltestellen ist grundsätzlich § 32 BOKraft zu beachten.

5.1.1. Haltestellenmasten nach MVV-Standard

Die Haltestellenstandards werden vom MVV festgelegt. Detaillierte Angaben zur Gestaltung der Haltestellenmasten können der Anlage A 7 entnommen werden.

5.1.1.1. Beschaffung und Aufstellung

Derzeit bieten zwei Hersteller Haltestellenmasten entsprechend den Vorgaben des MVV an:

MABEG Kreuschner
GmbH & Co. KG
Ferdinand-Gabriel-Weg 10
D-59494 Soest
Tel.: +49 (0) 29217806 - 0
Fax: +49 (0) 29217806 - 188



SIGNATURE DEUTSCHLAND GmbH

Achtstraße 67-69

D-55765 Birkenfeld

Tel.: +49 (0) 678214 - 0

Fax: +49 (0) 678214 - 168

Der Beschaffungspreis für einen Haltestellenmast (inkl. Bodenhülsen) beläuft sich auf etwa 850 €. Die aktuellen Preise sind bei den Herstellern zu erfragen.

Ferner sind auch die Kosten für den Einbau der Haltestellenmasten durch den Auftragnehmer zu tragen.

Unmittelbar nach Zuschlagserteilung und vor Bestellung der Haltestellenmasten, vereinbart das Verkehrsunternehmen mit dem MVV und weiteren zuständigen Stellen eine Ortsbesichtigung (Verkehrsschau), bei der die Standorte der Haltestellen und deren Ausgestaltung festgelegt werden. Auf Grundlage der dort getroffenen Vereinbarungen erhält das Verkehrsunternehmen anschließend vom MVV Haltestellenlisten mit genauen Beschriftungsvorgaben und der Vorgabe des zu beschaffenden Haltestellentyps. Die Haltestellenlisten sind vom Verkehrsunternehmen unmittelbar nach Zugang zu prüfen und dem MVV unterschrieben und bestätigt, ggf. korrigiert, zurückzusenden. Durch seine Unterschrift haftet der Unternehmer für deren Richtigkeit. Der MVV erteilt daraufhin die Freigabe der Bestellung.

Folgende Maßgaben sind bei der Bestellung zu berücksichtigen:

- ⇒ Die Haltestellenmasten sind so zu beschaffen, dass immer mindestens zwei freie Einschübe bleiben, um spätere Erweiterungen zu ermöglichen.
- ⇒ Der Auftragnehmer tritt als Besteller gegenüber der Herstellerfirma auf und haftet für die Richtigkeit der Vorgaben und deren Umsetzung.
- ⇒ Die Haltestellenbeschriftung wird durch den MVV vorgegeben. Der Auftragnehmer überprüft diese Vorgaben auf Fehler und Unstimmigkeiten. Änderungen sind mit dem MVV abzustimmen.
- ⇒ Die Linieneinschübe sind grundsätzlich numerisch aufsteigend nach Liniennummern zu sortieren.

Nach der Freigabe und spätestens 14 Tage nach Erteilung der Genehmigung nach dem PBefG ist die Bestellung vorzunehmen und dem MVV unverzüglich unaufgefordert nachzuweisen. Der Nachweis erfolgt durch eine Auftragsbestätigung des Lieferanten an den MVV.

Die Aufstellung hat binnen 14 Tagen nach Lieferung (Ausnahme bei Frosteinwirkung) inklusive Montage aller erforderlichen Teile zu erfolgen. Anschließend sind die Fahrplan- und Informationskästen mit den dafür vorgesehenen Fahrplänen, Tarifplänen und weiteren Informationsmaterialien des MVV ständig zu bestücken.

Sofern die Haltestellen nicht bis zum Betriebsbeginn errichtet sind, finden die in § 13 des Verkehrsvertrages diesbezüglich festgelegten Vertragsstrafen Anwendung und zwar bis zur Vollendung der Woche, in der die Aufstellung aller Haltestellen – entsprechend den Anforderungen der Leistungsbeschreibung – nachgewiesen ist. Bei Linienbündeln findet eine linienbezogene Betrachtung statt.

Zur Minimierung der Risiken

- ist vor Angebotsabgabe eine Lieferfrist-Prognose beim potenziellen Lieferanten einzuholen,

- wird bei Bestellung nach Zuschlag die Einholung einer Lieferfristgarantie auf Basis der Prognose unter Berücksichtigung entsprechender Konventionalstrafen empfohlen.

Die Aufstellung der Haltestellenmasten ist dem MVV innerhalb der o.g. 14-Tage-Frist durch eine digitale Fotodokumentation nachzuweisen. Von jedem Haltestellenmast sind drei Fotos anzufertigen. Foto 1 und 2 haben jeweils bildfüllend die Vorder- bzw. Rückansicht des kompletten Mastes (Hochformat) zu zeigen. Foto 3 hat die Haltestellenpositionierung im Straßenverlauf darzustellen (je ca. 15 Meter vor und hinter dem Haltestellenmast, Querformat).

Bei der Festlegung der Haltestellenstandorte und beim Einbau der Masten sind die Erfordernisse der in Anlage A 7 enthaltenen Einbauanleitung und Montageanweisung sowie der Erfordernisse der StVO (Aufstellung Zeichen 224 StVO in einem Winkel von 90° zur Fahrbahnkante) einzuhalten. Ferner ist der Standort so zu wählen, dass der Mast gut und dauerhaft einsehbar ist. Es dürfen nur noch Bodenhülsen mit Kabelzuführung verwendet werden.

5.1.1.2. Übergangsregelungen bis zur Aufstellung neuer Haltestellenmasten

Soweit die neuen Haltestellenmasten nicht bis zur Betriebsaufnahme installiert werden können, gelten übergangsweise folgende Bestimmungen:

- Vor Betriebsbeginn hat eine Verständigung mit dem vorherigen Verkehrsunternehmen zu erfolgen, damit evtl. vorhandene alte Haltestellenmasten weiter genutzt werden können.
- Wo vorhanden, ist von diesen Haltestellenmasten das Logo des Altunternehmers zu entfernen oder zu verdecken.
- Wo noch nicht vorhanden, ist an diesen Haltestellenmasten ein MVV-Logo anzubringen.
- Der Fahrplan und die Tarifinformationen sind gut sichtbar anzubringen. Ggf. sind weitere Aushangkästen anzubringen
- Wo noch keine Haltestellen vorhanden sind, sind Ersatzhaltestellen zu errichten. Es gelten die Bestimmungen des Abschnittes 5.1.4.

5.1.1.3. Abbau vorhandener Haltestellen

Das Verkehrsunternehmen hat im Zuge der Betriebsaufnahme dafür zu sorgen, dass spätestens 14 Tage nach Errichtung neuer Haltestellen alte Haltestelleneinrichtungen entfernt sind. Eigentumsrechtliche Fragen sind hierbei zu beachten und vom Verkehrsunternehmen eigenständig zu klären.

5.1.1.4. Übernahme vorhandener Haltestellenmasten nach MVV-Standard

Sofern die gegenständlichen Linienwege bereits mit gemäß MVV-Qualitätsstandard beschafften Masten bestückt sind, gilt folgende Regelung:

- Die Masten sind abzulösen, wenn sie in einem einwandfrei vertragsgemäßen Zustand sind, wobei der MVV einen Ablösepreis (siehe ggf. Abschnitt 4.1.4.) bestimmt.
- Der Auftragnehmer ist gegenüber dem Auftraggeber für die Übernahme in einwandfrei vertragsgemäßigem Zustand verantwortlich.
- Ist über den einwandfreien Zustand der zu überlassenden Masten zwischen Alt- und Neuunternehmer binnen eines Monats nach Vertragsbeginn keine Einigkeit zu erzielen, hat der Auftragnehmer (Neuunternehmer) die zu überlassenden

Masten neu zu beschaffen und zu errichten. Die alten Masten verbleiben in diesem Fall im Eigentum des Altunternehmers.

5.1.2. Änderungen während der Vertragslaufzeit

Der Auftragnehmer bleibt für die Vertragslaufzeit für die Haltestellenmasten zuständig, die in Folge dieser Ausschreibung beschafft oder übernommen wurden. Dies bedeutet beispielsweise, dass der Auftragnehmer auch bei Hinzukommen weiterer Verkehrsunternehmen für die Aufnahme neuer Linieneinschübe an dem Haltestellenmast zuständig ist. Wenn keine freien Linieneinschübe oder Fahrplankästen mehr vorhanden sind, hat er einen neuen Mast zu beschaffen. Bei Leistungsänderungen hat er bei Bedarf die Beschriftungen zu ändern. Dies ist jeweils durch den Auftragnehmer zu veranlassen und wird nicht gesondert mit dem MVV abgerechnet. Neue Linieneinschübe sind ausschließlich fertig bedruckt bei der Herstellerfirma zu bestellen. Dies gilt auch für die Beschaffung leerer Einschübe für den Fall, dass eine Linienbedienung an einem Haltestellenmast entfällt. Alle Änderungen sind unverzüglich zu veranlassen und mit dem MVV vorab abzustimmen.

Bei Änderungen des Linienwegs ist auch der neue Fahrweg mit neuen Haltestellenmasten zu bestücken. Für die Beschaffung, Einrichtung und Unterhalt gelten die o.g. Kriterien entsprechend. Die Kosten dafür werden bei der ohnehin erforderlichen kalkulatorischen Neubewertung der Leistungsänderung berücksichtigt.

Das Bekleben der Haltestellenmasten mit Klebefolien/Klebebuchstaben oder dergleichen ist nicht zulässig. Das Zeichen 224 StVO (grünes H auf gelbem Grund) ist hiervon ausgenommen.

5.1.3. Pflege und Unterhalt

Der Auftragnehmer ist für den Unterhalt der Haltestellenmasten und deren laufende Bestückung mit aktuellen Fahrgastinformationen nach den Vorgaben des MVV verantwortlich.

Alle an den Haltestellenmasten angebrachten Fahrplankästen sind vorrangig mit den notwendigen Informationen (Fahrplan und Tarifinformation), die verbleibenden mit MVV-Eigenwerbung zu bestücken. Alle Unterlagen werden kostenlos durch den MVV zur Verfügung gestellt. Leere Fahrplankästen sind nicht zulässig.

Zu Schäden an den Haltestellenmasten oder an den in den Fahrplankästen angebrachten Informationen zählen insbesondere auch:

- ⇒ Verunreinigungen,
- ⇒ Verwitterungen,
- ⇒ Fremdaufkleber,
- ⇒ Beschmierungen,
- ⇒ Verkratzungen.

Diese sind unverzüglich zu beseitigen. Unleserliche Fahrpläne oder Fahrgastinformationen sind umgehend auszutauschen. Zusätzlich sind die Haltestellen regelmäßig zu überprüfen und ggf. zu reinigen. Dabei ist die in Anlage A 7 enthaltene Reinigungsempfehlung zu beachten.

Empfehlenswert ist die Beschaffung von Haltestellenmasten mit Anti-Graffiti-Beschichtung, die eine sichere und materialschonende Entfernung von Graffiti, anderen Farbschmierereien und Aufklebern ermöglicht. Zulässig sind dabei nur dauerhafte Beschichtungen im Pulver- oder Nasslackverfahren, die bei Verwendung von vom Hersteller zugelassenen Reinigungsmitteln mindestens 25 Reinigungszyklen gestatten. Die Mehrkosten für die Beschichtung der Kopf- und Fußschilder, der Li-

nieneinschübe sowie der Fahrplankästen belaufen sich auf etwa 70,00 € je Haltestellenmast. Die Beschichtung der Rahmen wird generell als nicht erforderlich erachtet.

Der Auftragnehmer hat während der Vertragslaufzeit stets dafür zu sorgen, dass Sträucher, Hecken oder ähnliches den Haltestellenmast und die dort angebrachten Fahrgastinformationen nicht verdecken.

Haltestellen, die (z.B. umleitungs- oder baustellenbedingt) nicht angefahren werden können, sind abzudecken. Dabei ist das Kopfschild (Zeichen 224 StVO, „H“) unkenntlich zu machen oder mit einem deutlich sichtbaren Hinweis „Haltestelle verlegt“ zu versehen. Ferner ist in den Fahrplankästen ein Aushang anzubringen, der auf die Verlegung/Aufhebung der Haltestelle, die nächstgelegene Haltestelle sowie die Dauer der Verlegung/Aufhebung hinweist. Für Rückfragen ist eine geeignete Telefonnummer des Verkehrsunternehmens und die Telefonnummer (089) 41 42 43 44 des MVV anzugeben.

Werden im Zuge von Linienwegsänderungen Haltestellen nicht mehr angefahren, sind diese umgehend abzubauen. Bis zum Abbau ist der alte Fahrplan durch einen Hinweis auf die Linienwegsänderung unter Angabe des Datums der Änderungen zu ersetzen. Für Rückfragen ist eine geeignete Telefonnummer des Verkehrsunternehmens und die Telefonnummer (089) 41 42 43 44 des MVV anzugeben.

5.1.4. Ersatzhaltestellen

Ist die Aufstellung von Ersatzhaltestellen im Rahmen einer vorübergehenden Änderung des Linienwegs notwendig, hat das Verkehrsunternehmen für eine Aufstellung bei Beginn und Entfernung bei Beendigung der abweichenden Bedienung zu sorgen. Die Ersatzhaltestelle hat folgendes Aussehen:

- ⇒ 1 Fahrplankasten, 3 x DIN A3 quer, verkehrsblau (RAL 5017)
- ⇒ Haltestellenschild mit Zeichen 224 StVO („H“) auf weißem Grund mit dem Zusatz „Ersatzhaltestelle“ (Kompaktschild ist zulässig)

Der Haltestellenmast der Ersatzhaltestelle ist hinreichend gegen Umkippen zu sichern. Es ist darauf zu achten, dass Symbole oder Beschriftungen aus früheren Verwendungen (z.B. Logos fremder Verkehrsunternehmen oder Verbünde sowie abweichende Liniennummern und Fahrtziele) entfernt sind.

5.1.5. Ablösung der Haltestellen bei Vertragsende

Nach Beendigung des Vertrages besteht grundsätzlich die Möglichkeit, im Rahmen dieser Ausschreibung neu beschaffte Haltestellenmasten nach MVV-Qualitätsstandard (Typ 2-/Typ 3-Säulen), gegen eine angemessene Ablösesumme an den neuen Betreiber zu übergeben, soweit ihr Zustand dies erlaubt. Dem neuen Betreiber wird im Rahmen des nachfolgenden Vergabeverfahrens durch eine entsprechende Verpflichtung aufgegeben, diese Haltestellen zu übernehmen.

Die Ablösesumme bemisst sich dabei in der Regel am Beschaffungspreis abzüglich 1/16 dieses Betrages für jedes Jahr der Vertragslaufzeit des gegenständlichen Vertrages. Die jeweiligen Beträge sind nachzuweisen.

In jedem Fall ist die Haltestelleneinrichtung dem neuen Verkehrsunternehmen für eine Übergangszeit zur Verfügung zu stellen.

5.2. Fahrzeuge

5.2.1. Grundsatz

Alle Fahrzeuge müssen betriebssicher und fahrbereit sein. Sie müssen den rechtlichen Bestimmungen (PBefG, BOKraft, StVZO etc.) entsprechen. Die Fahrzeuginstandhaltung und -wartung unterliegt der Aufsichts- und Sorgfaltspflicht des Auftragnehmers. Unfallschäden sind kurzfristig und fachgerecht zu beseitigen.

Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass alle technischen Einbauten in den Fahrzeugen funktionsfähig und in Betrieb sind. Dies gilt sowohl für die technischen Einbauten, die nach den Vorgaben dieser Ausschreibung vorhanden sein müssen, als auch für jene, die über die geforderten Mindeststandards hinaus durch den Auftragnehmer bereitgestellt werden.

Ein Subunternehmer hat auf seinen Fahrzeugen einen Hinweis anzubringen, dass er im Auftrag des Liniengenehmigungsinhabers verkehrt (z.B. durch Zusatzbeschriftung unter der nach § 20 Abs. 1 Satz 1 BOKraft vorgeschriebenen Beschriftung oder mittels Steckschild an der Frontscheibe).

5.2.2. Fahrzeugkategorien

Die im MVV-Regionalbusverkehr zum Einsatz kommenden Fahrzeuge werden in vier Qualitätskategorien (A, B, C, D) unterteilt. Die für die gegenständliche Ausschreibung erforderlichen Fahrzeuge werden in Abschnitt 4.1.5 vorgegeben, die spezifischen Anforderungen an deren Qualität und Ausstattung sind der Übersicht in Anlage A 6 zu entnehmen.

Sofern die angebotenen Fahrzeuge die vorgegebenen Mindestanforderungen übererfüllen, ist dies in Anlage B 14 zu vermerken. Entsprechende Aussagen des Bieters sind verbindlich und fließen in die Wertung des Angebotes ein (siehe Abschnitt 2.5).

Die Kategorien werden im Folgenden beschrieben:

5.2.2.1. Fahrzeugkategorie A – Neufahrzeuge

Fahrzeuge nach Kategorie A sind Neufahrzeuge, die speziell für die Leistungen auf dieser Linie bei Herstellern beschafft werden. Sie müssen in vollem Umfang den Anforderungen des Abschnittes 5.2.6. ff. entsprechen. Ferner sind die verbindlichen Vorgaben in Anlage A 6 zu beachten.

5.2.2.2. Fahrzeugkategorie B – gebrauchte Fahrzeuge nach älterem MVV-Standard

Fahrzeuge nach Kategorie B sind Gebrauchtfahrzeuge, die nach den seit 2003 geltenden MVV-Qualitätsstandards beschafft wurden und den jeweils zum Beschaffungszeitpunkt geltenden Vorgaben entsprechen. Die für die gegenständliche Ausschreibung spezifischen Anforderungen an Qualität und Ausstattung, die der Übersicht in Anlage A 6 zu entnehmen sind, sind zu beachten. Die Angaben dort sind verbindlich.

RBL-fähige Fahrzeugrechner gemäß Abschnitt 5.2.6.6. sind nachzurüsten.

Diese Fahrzeuge dürfen bei Betriebsaufnahme nicht älter sein und nicht mehr Laufleistung aufweisen als in Anlage A 6 angegeben. Für die Bemessung des Alters eines Fahrzeuges ist dessen Erstzulassung maßgeblich.

5.2.2.3. Fahrzeugkategorie C – umgerüstete gebrauchte Fahrzeuge

Fahrzeuge nach Kategorie C sind Gebrauchtfahrzeuge, die hauptsächlich als zusätzliche Fahrzeuge in der Hauptverkehrszeit vorgesehen sind und deshalb nicht in vollem Umfang den einheitlich MVV-Qualitätsstandards entsprechen müssen. Sie haben jedoch den folgenden Mindestanforderungen zu entsprechen:

- ⇒ Niederflur oder Low-Entry-Fahrzeuge,
- ⇒ Fahrzeuge dürfen bei Betriebsaufnahme nicht älter sein und nicht mehr Laufleistung aufweisen als in Anlage A 6 angegeben. Für die Bemessung des Alters eines Fahrzeuges ist dessen Erstzulassung maßgeblich.
- ⇒ Die Fahrzeuge sind in das MVV-Farbdesign umzulackieren. Die Lackierungszeichnung ist mit dem MVV abzustimmen.
- ⇒ RBL-fähige Fahrzeugrechner (siehe Abschnitt 5.2.6.6.),
- ⇒ Entwerter (siehe Abschnitt 5.2.6.7.),
- ⇒ Zielbeschilderung mit Matrixanzeigen (siehe Abschnitt 5.2.6.10.),
- ⇒ Lautsprecheranlage für Haltestellendurchsagen durch den Fahrer.
- ⇒ Alle Vorrichtungen zur Kundeninformation (Klapprahmen, Piktogramme) sind anzubringen.
- ⇒ Um Irritationen bei den Fahrgästen zu vermeiden, sind Logos oder Informationen anderer Verkehrsunternehmen, Verkehrsgemeinschaften oder Verkehrsverbünde zu entfernen.

Die für die gegenständliche Ausschreibung spezifischen Anforderungen an Qualität und Ausstattung, die der Übersicht in Anlage A 6 zu entnehmen sind, sind darüber hinaus zu beachten.

5.2.2.4. Fahrzeugkategorie D – gebrauchte Fahrzeuge

Fahrzeuge nach Kategorie D sind Gebrauchtfahrzeuge, die hauptsächlich für eine evtl. Übergangszeit bis zur Lieferung der erforderlichen Neufahrzeuge und als Ersatzfahrzeuge vorgesehen sind und deshalb nicht in vollem Umfang den einheitlich MVV-Qualitätsstandards entsprechen müssen. Sie haben jedoch den folgenden Mindestanforderungen zu entsprechen:

- ⇒ Niederflur-, Niederflurüberland- oder Low-Entry-Fahrzeuge,
- ⇒ Wird das Fahrzeug nicht ins MVV-Farbdesign umlackiert, ist im rechten Bereich der Frontscheibe ein Steckschild mit der Aufschrift „Partner im (MVV-Logo)“ zu befestigen (➔).
- ⇒ Verkauf und Entwertung von Fahrausweisen sind sicherzustellen. RBL-fähige Fahrzeugrechner (siehe Abschnitt 5.2.6.6.) und Entwerter (siehe Abschnitt 5.2.6.7.) sind wünschenswert,
- ⇒ Zielbeschilderung mit Matrixanzeigen (siehe Abschnitt 5.2.6.10.),
- ⇒ Lautsprecheranlage für Haltestellendurchsagen durch den Fahrer.
- ⇒ Um Irritationen bei den Fahrgästen zu vermeiden, sind Logos oder Informationen anderer Verkehrsunternehmen, Verkehrsgemeinschaften oder Verkehrsverbünde innen und außen zu entfernen.



Die für die gegenständliche Ausschreibung spezifischen Anforderungen an die Kapazität sind der Übersicht in Anlage A 6 zu entnehmen. Sie gelten sinngemäß für Fahrzeuge der Kategorie D.

Der Einsatz von Ersatzfahrzeugen ist dem MVV möglichst vorab, spätestens aber am Tag nach dem Einsatz zu melden. Ein längerer Einsatz ist vom Auftragnehmer zu begründen und bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des MVV.

5.2.3. Fahrzeugbauarten

Bei den Vorgaben zu den Fahrzeugen in Anlage A 6 sind auch folgende Definitionen zu beachten:

Niederflurbus (NF): Vollniederflurig, möglichst keine Stufen im Gangbereich, Sitzplätze soweit möglich nicht auf Podesten.

Niederflurbus Überland (NFÜ): Vollniederflurig, möglichst keine Stufen im Gangbereich, Sitzplätze möglichst auf Podesten, Außenschwingtüren, Hochfestbestuhlung, Tür 1 einfachbreit, wenn möglich Bereifung 100 % (295/80 R 22,5).

Low-Entry (LE): Niederflurig bis einschließlich Tür 2 (Sondernutzungsfläche). Trittstufen und ansteigende Podeste im hinteren Fahrzeugbereich.

Hochflurfahrzeuge wie z.B. Überland-Linienbusse (ÜL) oder Reisebusse (RB) sind nur in wenigen besonderen Ausnahmefällen zugelassen.

5.2.4. Meldung und Abnahme der Fahrzeuge

Alle für den Einsatz auf den gegenständlichen MVV-Regionalbuslinien vorgesehen Fahrzeuge sind dem MVV zu melden. Dazu dient der Vordruck gemäß Anlage B 16. Dies gilt auch für Fahrzeuge von Subunternehmern.

Im Rahmen der Ausschreibung sind die bereits vorhandenen Fahrzeuge bei Angebotsabgabe zu melden. Neufahrzeuge und evtl. zu beschaffende Gebrauchtfahrzeuge sind unmittelbar nach Lieferung an das Verkehrsunternehmen nachzumelden.

Alle Fahrzeuge sind vor ihrem ersten Einsatz dem MVV zur Abnahme vorzuführen. Der MVV behält sich das Recht einer Werksabnahme vor.

Der Einsatz nicht gemeldeter und nicht abgenommener Fahrzeuge ist nicht zulässig.

Ferner hat der MVV oder das von ihm eingesetzte Prüfpersonal das Recht, die Fahrzeuge aus gegebenem Anlass oder routinemäßig zu überprüfen. Hier wird ausdrücklich auf das Recht aus § 2 Abs. 2 des Verkehrsvertrages verwiesen.

5.2.5. Beschaffung von Neufahrzeugen (Kategorie A) und Übergangsbedienung

5.2.5.1. Einleitung des Beschaffungsvorganges

Der Auftragnehmer muss dem MVV innerhalb von vierzehn Tagen nach Erteilung der Genehmigung nach dem PBefG unaufgefordert die Bestellung der erforderlichen Neufahrzeuge (Kategorie A) unter Beachtung von Punkt 5.2.5.2. nachweisen. Sollte der Auftragnehmer ein formelles Ausschreibungsverfahren für die Beschaffung der Fahrzeuge durchführen müssen, so ist dieses unverzüglich bereits nach Zuschlagserteilung einzuleiten. Der MVV ist über die Einleitung des Verfahrens mittels einer Kopie der Bekanntmachung zu unterrichten.

5.2.5.2. Abstimmung und Freigabe der Bestellung

Vor der Bestellung – ungeachtet dessen, ob eine direkte Bestellung erfolgt oder ob zunächst ein Vergabeverfahren durchzuführen ist – sind die vorgesehenen Fahrzeuge verbindlich, unter Angabe aller relevanten technischen Daten, Lackierungszeichnung, Innenfarbgebung, Bemaßungsplänen (innen und außen) sowie Bestuhlungsplan darzustellen und mit dem MVV abzustimmen. Ferner ist die Richtlinie 2001/85/EG zu beachten. Die Bestellung ist mittels **einer Auftragsbestätigung und einer Baubeschreibung nebst Bestuhlungsplan und Lackierungszeichnung** des Fahrzeugherstellers gegenüber dem MVV zu dokumentieren, der voraussichtliche Liefertermin ist festzuhalten. Alle genannten Unterlagen sind dem MVV in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen. Die gegenständliche Leistung ist mit den so abgestimmten Fahrzeugen zu erbringen. Andere Fahrzeuge dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des MVV eingesetzt werden.

5.2.5.3. Übergangsbedienung

Sollte die Beschaffung der erforderlichen Neufahrzeuge im Zeitraum bis zur Betriebsaufnahme nicht möglich sein, können andere Fahrzeuge für die Übergangszeit eingesetzt werden. Die hierfür vorgesehenen Fahrzeuge sind im Angebot detailliert zu beschreiben.

Diese Fahrzeuge müssen mindestens den Kategorien B, C oder D entsprechen. Es ist mitzuteilen, welcher Fahrzeugkategorie sie zuzuordnen sind. Darüber hinaus sind die für die gegenständliche Ausschreibung spezifischen Anforderungen zur Mindestkapazität, die der Übersicht in Anlage A 6 zu entnehmen sind, zu beachten.

Bis einschließlich der Woche, in der alle im Rahmen dieser Ausschreibung zu beschaffenden Neufahrzeuge dem MVV zur Abnahme vorgeführt worden sind und zum Einsatz kommen, gilt bezüglich der Bemessung des Betriebskostenzuschusses folgendes:

Sofern die Neufahrzeuge nicht bis zum zugesicherten Termin (siehe Abschnitt 2.5.4.) zum Einsatz kommen, finden die in § 13 des Verkehrsvertrages diesbezüglich festgelegten Vertragsstrafen Anwendung und zwar bis zur Vollendung der Woche, in der alle Neufahrzeuge zur Abnahme vorgeführt und in Betrieb gesetzt wurden. Bei Linienbündeln findet eine linienbezogene Betrachtung statt.

Der MVV sichert zu, dass Termine zur Vorführung der Fahrzeuge kurzfristig ermöglicht werden.

Zur Minimierung der Risiken

- ist vor Angebotsabgabe eine Lieferfrist-Prognose beim potenziellen Lieferanten einzuholen,
- wird bei Bestellung nach Zuschlag die Einholung einer Lieferfristgarantie auf Basis der Prognose unter Berücksichtigung entsprechender Konventionalstrafen empfohlen.

Bei Erstellung der Prognose ist das Ende der Zuschlags- und Bindefrist nach Abschnitt 1.2.3. als Bestelldatum anzunehmen. Der auf dieser Grundlage ermittelte Liefertermin gilt als zugesicherter Termin. Liegt der Zeitpunkt der Genehmigungserteilung (vgl. 5.2.5.1) ausnahmsweise nach dem Datum des Endes der Zuschlags- und Bindefrist, verschiebt sich der zugesicherte Termin entsprechend nach hinten.

5.2.6. MVV-Qualitätsstandards für Neufahrzeuge

In diesem Abschnitt werden die grundsätzlichen Anforderungen für Neufahrzeuge (Kategorie A) beschrieben. Diese Anforderungen gelten teilweise jedoch auch für Fahrzeuge der übrigen Kategorien (B, C, D). Dazu sind unbedingt die für die gegenständliche Ausschreibung spezifischen Anforderungen an Qualität und Ausstattung, die der Übersicht in Anlage A 6 zu entnehmen sind, zu beachten.

5.2.6.1. Allgemeines

Neben den standardisierten Vorschriften und Typenempfehlungen für die Beschaffung von Fahrzeugen sind die VDV-Rahmenempfehlungen (jeweils in der neuesten Fassung) sowie die Richtlinien für die Förderung nach dem bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG) relevant. Es ist jedoch wichtig, über die dort gemachten allgemeinen technischen Anforderungen hinaus Festlegungen zu Komfort und zur Kundenorientierung zu treffen.

Auf die in den Empfehlungen des VDV dargelegten Standards wird insbesondere Bezug genommen, darüber hinaus werden ergänzende Aussagen gemacht oder Festlegungen für den Bereich des MVV getroffen.

Die Fahrzeuge sind nach Maßgabe der Richtlinie 2001/85/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 20.11.2001 behindertengerecht auszustatten.

5.2.6.2. Abmessungen

Siehe Anlage A 6

5.2.6.3. Motor

Die Motorisierung der Fahrzeuge muss folgenden Vorgaben entsprechen:

- ⇒ wassergekühlter 6-Zylinder Dieselmotor,
- ⇒ platzsparend und wartungsfreundlich eingebaut,
- ⇒ Auspuffführung auf linker Fahrzeugseite, Austrittsöffnung möglichst weit nach unten oder oben und nach hinten verlegt,
- ⇒ Leistung und Abgaswerte siehe Anlage A 6.

5.2.6.4. Kraftübertragung und Traktion

Mindestanforderungen sind:

- ⇒ möglichst umweltfreundliche, geräuscharme und Kraftstoff sparende Antriebseinheit,
 - ⇒ automatisches Getriebe,
 - ⇒ die Gesamtübersetzung ist so auszulegen, dass einerseits ein möglichst geringer Kraftstoffverbrauch erzielt wird und andererseits der Linienverkehr mit ausreichenden Beschleunigungswerten befahren werden kann,
 - ⇒ Anti-Schlupf-Regelung (ASR),
 - ⇒ Anti-Blockier-System (ABS).
- ⇒ Ferner ist die Anlage A 6 zu beachten.

5.2.6.5. Umweltstandards

Die zu beschaffenden Neufahrzeuge müssen die gesetzlichen Abgasstandards erfüllen.

Darüber hinaus ist die Erfüllung strenger Abgasstandards auch für die Fahrzeuge der Kategorien B, C und D wünschenswert. Dazu sind die Vorgaben in Anlage A 6 zu beachten.

Der Einsatz von Dieselhybridbussen ist zulässig.

Bei der Beschaffung sind im Übrigen die Bestimmungen der Richtlinie 2009/33/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge zu beachten.

5.2.6.6. Fahrzeugrechner

Die Fahrzeuge sind mit Fahrzeugrechnern auszustatten. Sie dienen einerseits dem Fahrausweisverkauf und sind andererseits für die Vorhaltung von Fahrplandaten sowie die Erfassung und Übermittlung von Echtzeitdaten erforderlich. Die Fahrzeugrechner und die damit verbundenen Systeme des Auftragnehmers müssen die Anforderungen dieses Abschnittes erfüllen und die in Anlage A 9 dargestellten Schnittstellen zum ISE (Integrationssystem Echtzeitdaten) und EFM (Elektronisches Fahrgeldmanagement) des MVV bedienen. Beachten Sie ergänzend auch die Regelungen in Abschnitt 8.5. ff.

Hinsichtlich des Fahrscheinverkaufs sind folgende Vorgaben zu beachten:

- a) Die Kapazität der Fahrzeugrechner muss so ausgelegt sein, dass das gesamte MVV-Tarifsortiment (Bar- und Zeitkartentarif) mit Ausnahme der Abonnement-Angebote und der Jahreskarten verkauft werden kann.
- b) Die Fahrzeugrechner müssen über GPS verfügen und neben der Ortung auch die GPS-Uhrzeit nutzen.
- c) Für den Fahrkartendruck sind ausschließlich die einheitlich festgelegten und vom MVV zu beziehenden Papierrollen mit den vorgegebenen Sicherheitsmerkmalen zu verwenden.
- d) Der Fahrzeugrechner muss über einen Barcodeleser im Schacht für die Fahrscheinrolle verfügen, um eingelegte Fahrscheinrollen erkennen, freigeben und bestandsmäßig verwalten zu können. Soweit eine entsprechende Vorrichtung nicht vorhanden ist, ist eine alternative Methode vorzusehen, die eine entsprechende Bestandskontrolle gewährleistet.
- e) Dazu ist ein vollgrafisches Thermodruckwerk mit variabler Papierbreite zwischen 45 mm und 80 mm erforderlich. Es müssen Papiergewichte zwischen 80 g/m² und 130 g/m² verarbeitet werden können. Die Papierausgabe des Druckwerks für einen Standardfahrschein muss innerhalb von zwei Sekunden erfolgen.
- f) Das Fahrkartenlayout wird vom MVV in Anlehnung an die MVV-Fahrausweis-Mustersammlung gestaltet und in Dateiform bereitgestellt. Das Dateiformat ist in Anlage A 9 beschrieben. Das Vertriebssystem des Auftragnehmers muss die Vorgaben zum Layout vollständig umsetzen können.
- g) Die Annahme von Geldkarten als bargeldloses Zahlungsmittel ist wünschenswert.
- h) Der MVV stellt alle Tarifdaten in Dateiform zur Verfügung, das Dateiformat ist in Anlage A 9 beschrieben. Das Vertriebssystem des Anbieters muss alle Tarifanforderungen verarbeiten können. Das Vertriebssystem des Anbieters muss die Verkaufsdaten in Dateiform bereitstellen, das Dateiformat ist ebenfalls in Anlage A 9 beschrieben. Die Verkaufsdaten sind dem MVV monatlich per E-Mail zuzusenden. Hinsichtlich der entstpr. Fristen wird auf die Regelungen des Verkehrsvertrages (Anlage A 4) verwiesen.
- i) Die Fahrzeugrechner müssen die elektronische Kontrolle von Handy- und Onlinetickets ermöglichen. Dazu ist ein Barcodeleser vorzusehen, mit dem VDV 2D-

Barcodes (Herausgeber EOS Uptrade) und UIC-Barcodes 918.3*(Herausgeber: DB) ausgelesen werden können. Art und Weise der exakten Codierung der Daten, werden dem Bieter mit Zuschlagserteilung nach Abschluss einer Vertraulichkeitsvereinbarung offengelegt.

Die für die Kontrolle erforderlichen Daten müssen auf dem Display des Fahrzeugrechners angezeigt werden; **dies bedeutet insbesondere auch**, dass mittels einer einfachen Anzeige (zum Beispiel „Häkchen“ in grüner Farbe für eine positive und „Kreuz“ in roter Farbe für eine negative Gültigkeit des Fahrausweises) innerhalb von 0,3 Sekunden durch den Fahrzeugrechner eine Aussage über die Gültigkeit des barcodierten Fahrausweises getroffen wird. Die Gültigkeitsprüfung erstreckt sich dabei auf die räumlichen und zeitlichen Gültigkeitsbedingungen, für die der Fahrausweis ausgegeben wurde.

Die Grundlagen für die Gültigkeitsprüfung durch den Fahrzeugrechner können in der Pflege entsprechender Daten in einem stationären Hintergrundsystems gelegt werden. Diese Daten sind in geeigneter Weise sicher auf den Fahrzeugrechner zu übertragen. Sie beinhalten vor allem auch alle relevanten Fahrausweise des MVV

- einschließlich ihrer Tarifstufe / Preis
- ihrer räumlichen und zeitlichen Gültigkeitsmerkmale sowie
- ihrer zugelassenen Vertriebswege.

Auf die Tarife und Tarifbestimmungen des MVV wird Bezug genommen.

Für die derzeit geforderte Gültigkeitsprüfung der Fahrausweise ist eine drahtlose Kommunikationsverbindung (via Mobilfunk oder ähnliches) mit einem stationären Hintergrundsystem (beispielsweise im Sinne der Funktionen der so genannten Kernapplikation [KA] der VDV eTicket Service GmbH & Co. KG) **nicht** erforderlich.

Hinsichtlich der übrigen Funktionen des Fahrzeugrechners sind folgende Vorgaben zu beachten:

- j) Der Fahrzeugrechner integriert alle IBIS-Funktionen (Ansteuerung der Zielanzeigen, Innenanzeigen, Entwerter, Ansagegeräte etc. über IBIS-Wagenbus),
- k) Der Fahrzeugrechner ist RBL-fähig. Das Fahrzeug ist mit einem Modem auszustatten, das eine IP-Verbindung über ein Mobilfunknetz und ein VPN ermöglicht. Soweit das ISE des MVV genutzt wird, muss eine Online-Schnittstelle zwischen den Fahrzeugrechnern und dem ISE vorhanden sein (siehe Anlage A 9). Bei Nutzung eines eigenen RBL des Verkehrsunternehmens, müssen dem MVV die Fahrtinformationen aller MVV-Regionalbusse über den VIS-Dienst online bereitgestellt werden. Hierzu wird auf VDV 453 VIS und DEFAS verwiesen.
- l) Die Fahrzeugrechner müssen betriebliche Meldungen, insbesondere zur Anschlusssicherung, in Verbindung mit der Zentrale des verwendeten RBL-Systems empfangen und senden können. Bei Nutzung des ISE des MVV müssen darüber hinaus codierte Meldungen verarbeitet werden können. Auf die Regelungen in Anlage A 9 wird Bezug genommen.
- m) Automatische Haltestellenfortschaltung über logische und physikalische Ortung mittels Wegimpuls, Auswertung Türkontakt, gestützt durch GPS.
- n) Fahrplan-Soll/Ist-Vergleich (Verfrühung/Verspätung).
- o) Der Fahrzeugrechner muss eine hochwertige integrierte digitale Sprachansage auf Basis von mp3-Ansagen oder kompatiblen Datenformaten aufweisen. Die Ansagedateien werden vom MVV als mp3-Dateien zur Verfügung gestellt. Das Format ist in Anlage A 9 beschrieben.

- p) Das Fahrzeug muss eine LSA-Ansteuerung gemäß den Anforderungen in Anlage A 9 vornehmen können.
- q) Um für das Fahrpersonal eine hohe Bedienungsfreundlichkeit sicherzustellen, sind des Weiteren folgende Kriterien zu beachten:
- großflächiges, vollgrafisches LC- oder TFT-Display zur übersichtlichen Informationsdarstellung,
 - Schriftgröße auf dem Display variabel,
 - Helligkeit und Kontrast der Anzeigenbeleuchtung müssen durch den Fahrer individuell eingestellt werden können. Die Möglichkeit zur Inversdarstellung muss gegeben sein.
 - menügeführte Bedienung über Festastenbelegung (z.B. Softkey oder Touchscreen).
 - Änderungen an der Bedienung bzw. Tastenbeschriftung müssen rein softwaretechnisch, ohne jegliche Änderung an der Hardware (d.h. kein Wechsel von Tastaturbeschriftungen o.ä.) möglich sein.

Das Hintergrundsystem des Fahrzeugrechners muss ferner folgende Eigenschaften aufweisen bzw. folgende Möglichkeiten eröffnen:

- r) Daten zu Liniennetz, Fahrplan und Tarifen werden vom MVV in den in Anlage A 9 beschriebenen Formaten elektronisch zur Verfügung gestellt. Diese Daten müssen entweder über die spezifizierten Schnittstellen oder anderweitig in das jeweilige Hintergrundsystem übernommen werden. Die Integrität der Daten ist dabei in jedem Fall zu gewährleisten.

- s) Benutzerrechteverwaltung.

Die Nachlaufzeit bei ausgeschaltetem Motor oder ausgeschalteter Zündung hat mindestens 20 Minuten zu betragen.

Für den Fall der Störung der Verkaufsfunktion sowie für einzelne tarifliche Sonderangebote sind in ausreichendem Umfang MVV-Fahrausweise (Blockverkauf) bereitzuhalten.

Ein defekter Fahrzeugrechner ist zeitnah, spätestens jedoch vor dem nächsten Einsatztag, auszutauschen. Dafür ist eine Reservehaltung in geeignetem Umfang vorzusehen.

5.2.6.7. Entwerter

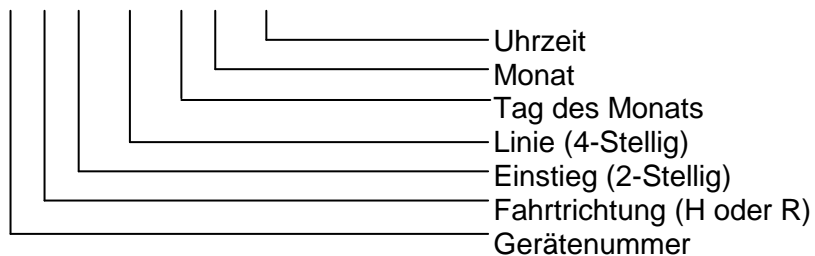
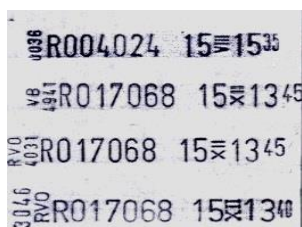
Mobile Entwerter im Oberflächenverkehr

An allen Türen sind Entwerter in der Farbe verkehrsblau (RAL 5017) zu installieren. Auf dem Entwerter ist ein Aufkleber mit einem Ticketsymbol (➔) anzubringen, der vom MVV zu beziehen ist.

Die Weiterschaltung des Entwerter hat automatisch zu erfolgen.

Der Aufdruck muss folgende Informationen enthalten:

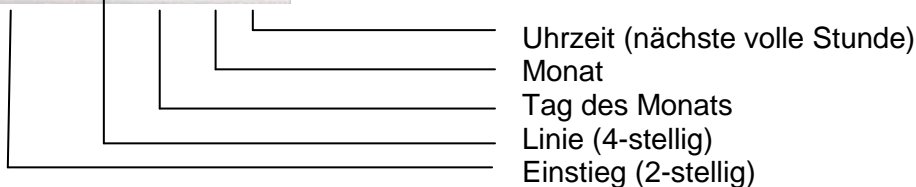
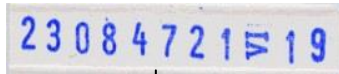




Handstempel (für Notentwertung)

Bei Ausfall der Entwerter sind die Fahrscheine durch das Fahrpersonal manuell zu entwerfen. Dafür ist in jedem Fahrzeug ein Handstempel vorzuhalten. Die Fahrgäste sind durch Ansagen und einen Aushang auf die Handentwertung hinzuweisen.

Der Aufdruck muss folgende Informationen enthalten:



5.2.6.8. Bestuhlung und Aufteilung des Innenraums

Die **erforderliche Mindestplatzkapazität** der Fahrzeuge ergibt sich aus Anlage A6. Diese Anforderungen verstehen sich als Mindestkriterium. Ziel ist die Ausstattung der Fahrzeuge mit möglichst hoher Sitzplatzanzahl unter Beachtung ausreichender Bequemlichkeit.

Die **Sitzplatzanordnung** ist in Reihenbestuhlung, Sitzteilung 2+2 (wo möglich) und vis-à-vis-Bestuhlung vorgeschrieben. Eine Rundbestuhlung bzw. „Kommunikations-ecke“ und eine Bestuhlung über dem Drehkranz von Gelenkbussen ist nicht gestattet.

Alle Angaben zur Mindestanzahl und der Sitzplatzanordnung sind dem MVV vor Einsatz der Fahrzeuge zu belegen (**Bestuhlungsplan** für jedes Fahrzeug; siehe Muster in Anlage B 17).

In direkter Nähe zu den Türen sowie direkt hinter dem Fahrerplatz sind Sitzplätze für Schwerbehinderte durch entsprechende Piktogramme zu kennzeichnen.

Gegenüber Tür 2 ist eine **Sondernutzungsfläche** (Stehperron) für die Aufnahme von Kinderwagen, Rollstühlen oder Gepäck einzurichten. Diese Fläche sollte ungefähr vier bis sechs Sitzplätzen entsprechen. In diese Sondernutzungsfläche sind mindestens zwei **Klappsitze** (Notsitze) für Begleiter von Rollstühlen und Kinderwagen sowie eine Prallplatte („Bügelbrett“) für Rollstuhlfahrer zu integrieren. Die Klappsitze sind im Bestuhlungsplan gemäß Anlage B 17 nachzuweisen. In begrenzten technischen Ausnahmefällen kann die Sondernutzungsfläche auch auf der Türseite zwischen Tür 1 und Tür 2, unmittelbar neben Tür 2 untergebracht werden. Dies bedarf jedoch der vorherigen schriftlichen Zustimmung des MVV.

Bei **Gelenkbussen** ist gegenüber Tür 3 eine **weitere Sondernutzungsfläche** mit zwei Notsitzen einzurichten. Eine Prallplatte ist hier jedoch nicht erforderlich.

Im Bereich des Drehkranzes sind ein oder zwei senkrechte Haltestangen anzubringen.

Im Bereich der Sondernutzungsflächen sind an waagerechten Haltestangen **Halteschlaufen** in ausreichender Zahl anzubringen.

5.2.6.9. Türanordnung, Zu- und Ausstieg

Fahrzeuge bis 15 Meter Länge sind grundsätzlich mit zwei Türen, Gelenkbusse mit drei Türen zu versehen. Tür 2 ist zwischen der ersten und zweiten Achse des Fahrzeugs zu platzieren.

Es kommen entweder Innenschwenktüren, Außenschwenkschiebetüren oder Außenschwingtüren in Betracht. Außenschwingtüren dürfen nur eingesetzt werden, wenn sie kurze Öffnungs- und Schließzeiten gewährleisten. Tür 1 und 2 werden handbedient.

Die Anzahl der jeweils erforderlichen Türflügel wird in Anlage A 6 vorgegeben.

Bei zweiflügeligen Türen sind technische Vorrichtungen zur Sperrung eines der beiden Türflügel nicht zulässig.

Soweit selbsttätige Betriebstüren (vgl. Richtlinie 2001/85 EG Abschnitt 7.6.4 ff) zum Einsatz kommen, sind die **Außentaster für die Öffnung** links und rechts von der Tür oder an den „Innenkanten“ beider Türflügel anzubringen.

Für die Öffnung fremdkraftbetätigter Türen sind innen, rechts und links, in unmittelbarer Nähe zu den Türen, Taster mit programmierbarem LCD Display anzubringen (z.B. Hersteller Captron, Modell HWT3-D62P-10/CP04).



Haltewunschtaster sind so zu platzieren, dass sie von allen Sitzplätzen gut zu erreichen sind. Es ist an jeder senkrechten Haltestange - auch über den Entwertern - ein Haltewunschtaster vorzusehen. Sollten keine senkrechten Haltestangen vorhanden sein, sind an den waagerechten Haltestangen Haltewunschtaster in entsprechender Anzahl vorzusehen. Die Gehäuse von **Haltewunschtastern und Türöffnern** sind in blau zu halten, die Tasten der Haltewunschtaster rot, mit weißer Aufschrift „STOP“ (➔).

An vis à vis-Plätzen sind zusätzliche Haltewunschtaster auch an der Seitenwand anzubringen.

In Höhe der Sondernutzungsfläche bei Tür 2 sind in Reichweite der Rollstuhlfahrer **spezielle Haltewunschtaster und Taster für die Rampenanforderung** anzubringen. Diese Taster sind mit einem besonderen Signal (optisch oder akustisch) am Fahrerarbeitsplatz zu hinterlegen um die Aufmerksamkeit des Fahrpersonals für diese Personengruppe zu gewährleisten.



Zur behindertengerechten Ausstattung ist eine wartungsfreundliche **mechanische Rollstuhlrampe** an Tür 2 vorzusehen. Diese muss entweder durch Herausziehen oder -klappen zu bedienen sein (↙).



Eine elektronische **Niveauregulierung** ist erforderlich.

Die Fahrzeuge müssen eine **Kneelingeinrichtung** haben, um das Fahrzeug an der rechten Seite absenken und so unterschiedliche Höhen der Haltestellenbereiche (Bordsteinkanten) ausgleichen zu können.

5.2.6.10. Anlagen zur Kundeninformation außen

Es sind Fahrzielanlagen in LED-Ausführung vorzusehen. Alternativ können Fahrzielanzeigen mit LED-beleuchteter Punktmatrix oder LCD-Ausführung verwendet werden. LED-Anzeigen müssen dabei hochauflösend sein (mindestens 24 Zeilen)

Alle Anzeigen müssen auch bei direkter Sonneneinstrahlung, Dunkelheit und starken Niederschlägen gut lesbar und beschlagfrei sein und zudem für die Fahrgäste an den Endhaltestellen jederzeit erkennbar bleiben. Nicht gestattet ist die Einbindung der Fahrzielanlage in die Energiesparschaltung bei abgestelltem Motor. Die Anzeigezeit bei ausgeschaltetem Motor oder ausgeschalteter Zündung hat mindestens 20 Minuten zu betragen.

Um eine möglichst flexible Fahrgastinformation sicherzustellen, ist der Einsatz von Rollbandanzeigen oder Vorsteckschildern nicht gestattet.

Alle Anzeigen müssen die Darstellung vierstelliger alpha-numerischer Liniennummern (z.B. 999A, X301) und Sonderzeichen (z.B. MVV-Logo) ermöglichen. Es muss die Darstellung von ein- oder zweizeiligem Text inkl. Sonderzeichen möglich sein. Die Anzeige muss darüber hinaus frei programmierbare Zeichensätze ermöglichen.

Die Zieltexte müssen den Vorgaben in Anlage A 5 entsprechen. Änderungen auf Grund von Linienwegänderungen, zusätzlichen Fahrten oder Verstärkerleistungen sind vorab mit dem MVV abzustimmen.

Die Zieltexte müssen jeweils an der Front- und an der rechten Fahrzeugseite erscheinen. Die Liniennummer ist dabei links vom Zieltext darzustellen, die Zieltexte zentriert im verbleibenden Raum der Anzeige. An der linken Fahrzeugseite und heckseitig ist jeweils ausschließlich die Liniennummer bzw. das MVV-Logo zu zeigen (Schriftart: Arial, größtmögliche Schriftgröße).

Bei Aus- und Einrückfahrten, bei Leerfahrten sowie bei Überführungs- und Werkstattfahrten ist ausschließlich der Zieltext „**(MVV-Logo)-Betriebsfahrt**“ auszuschildern. Damit soll Fahrgästen signalisiert werden, dass eine betrieblich notwendige Fahrt (gleich welcher Art) ohne Fahrgastbeförderung durchgeführt wird. Bei Wendezeiten an Haltestellen darf entweder der Text „(MVV-Logo)-Betriebsfahrt“ oder das nächste Fahrziel angezeigt werden. **Andere Texte sind nicht zulässig.**

An den Fahrzeugen müssen stets alle notwendigen Beschilderungen angebracht sein. Im Falle eines Fahrzeugwechsels sind auch die entsprechenden Matrixanzeigen gemäß den Vorgaben zu programmieren.

Anzubringen sind Dreiecksaufkleber, die auf den kontrollierten Vordereinstieg hinweisen (beim MVV erhältlich); diese Aufkleber sind ausschließlich außen, mittig in Augenhöhe auf beide Flügel der Türen 2 und 3 anzubringen. Dabei ist zu beachten, dass für MVV-Regionalbuslinien im Landkreis München andere Aufkleber zum Einsatz kommen als in den übrigen Landkreisen, da der kontrollierte Vordereinstieg dort erst ab 21:00 Uhr praktiziert wird.



5.2.6.11. Anlagen zur Kundeninformation im Fahrzeuginnenraum

Ein 19-Zoll-**TFT-Bildschirm** im Bildformat 16:9 ist im vorderen Bereich des Fahrzeuges, möglichst mittig im Dachquerkanal, für Fahrgäste gut einsehbar, zu installieren. Er dient der Unterrichtung der Fahrgäste über Haltestellenfolge und Uhrzeit (Funkuhr). Bei Gelenkbussen ist ein weiterer Bildschirm im vorderen Bereich des Nachläufers an entsprechender Stelle anzubringen.

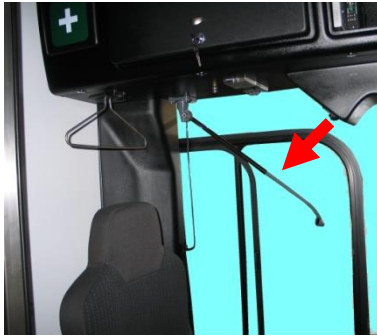


Die Bildschirme werden hinsichtlich der Linieninformationen über den Fahrzeugrechner (Datensatz 21, Geräteadresse 10) angesteuert. Darüber hinaus sind über einen „**News-Ticker**“ tagesaktuelle Informationen am unteren Bildrand des Bildschirms/der Bildschirme anzuzeigen, die von einem **DAB-Empfänger („Digitalradio“)** oder über **WLAN/UMTS als RSS-Feeds** empfangen werden. Die Integration des Systems bezüglich Ansteuerung, Verkabelung, Datenübermittlung zum Fahrzeugrechner und vom Fahrzeugrechner zum TFT-Bildschirm ist vom Hersteller des TFT-Bildschirms zu gewährleisten, wobei eine vom Bildschirm abgesetzte Rechneinheit wünschenswert ist. Die Anzeige von Logos und Schriftzügen des Verkehrsunternehmens auf dem Bildschirm/den Bildschirmen und das Anbringen von Aufklebern an Bildschirmen oder deren Gehäusen sind nicht gestattet.

Die Nachlaufzeit bei ausgeschaltetem Motor oder ausgeschalteter Zündung hat mindestens 20 Minuten zu betragen. Das Bildschirmlayout muss der oben stehenden Darstellung entsprechen, ist demgemäß zu programmieren und mit dem MVV abzustimmen.

Die Nutzung dieser Anzeige zu anderen Zwecken (z.B. Werbeeinblendungen) ist grundsätzlich nicht gestattet. Der MVV kann vorgeben, dass weitere Informationsangebote über die Bildschirme wiederzugeben sind. Das Verkehrsunternehmen wirkt hierbei kooperativ mit. Soweit erforderlich, ist diesen Unterlagen eine Anlage A 12 beigelegt, auf die verwiesen wird.

Eine separate Leuchtanzeige „Wagen hält“ ist im Fahrzeugbug oder am Dachquerkanal anzubringen, um Haltewünsche der Fahrgäste zu bestätigen. Bei Gelenkfahrzeugen ist eine zweite Anzeige an entsprechenden Stellen des Nachläufers einzubauen. Zusätzlich ist die Information „Wagen hält“ auch im TFT-Bildschirm anzuzeigen. Eine Anzeige im TFT-Bildschirm ersetzt die Leuchtanzeige



jedoch nicht.

← Zur Fahrgastinformation ist eine Ausrufanlage (Mikrofon ⇒ Lautsprecher) zu installieren, die unabhängig von anderen Einrichtungen (z.B. IBIS, Fahrzeugrechner) funktioniert. Die Verwendung von Stab-Mikrofonen (z.B. Mymex TA-104-H) wird empfohlen.

Der Einbau von **Tonwiedergabegeräten** (z.B. Radio, CD-Player) ist nicht gestattet.

Alle **anzusagenden bzw. anzuzeigenden Texte** werden vom MVV festgelegt. Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass Ansagen und Anzeigen mit der tatsächlichen Haltestellenabfolge korrespondieren. Die gespeicherten Metrierungsdaten sind ggf. entsprechend anzupassen.

Die **Fahrgastinformationen** des MVV über den **Verbundfahrplan**, das **erhöhte Beförderungsentgelt**, den **Verbundtarif** und das **Verbundverkaufssystem** sind, soweit fahrzeugtechnisch möglich, an der schrägen Dachkante anzubringen. Hierzu sind je zwei Klapprahmen (DIN A3 quer) links und rechts oberhalb aller Radkästen und zwei oberhalb jedes Stehperrons zu installieren (→).

Bei der Anbringung der Klapprahmen ist darauf zu achten, dass die Verschlüsse der Dachrandklappen nicht verdeckt oder die Funktionalität der Klappen eingeschränkt wird.

Die Klapprahmen sind durchgängig mit MVV-Informationen zu bestücken. Der MVV stellt dem Auftragnehmer Fahrgastinformationen zur Verfügung. Dieser bestückt dann unverzüglich die Klapprahmen. Unbestückte Klapprahmen sind nicht zulässig.



Die Anzahl der Klapprahmen ist in Anlage A 6 vorgegeben.

Darüber hinaus ist ein Klapprahmen (DIN A2) zur Aufnahme von **MVV-Plakaten** an der Rückseite der Fahrerkabine anzubringen und jeweils ausschließlich und durchgehend mit Informationen und Hinweisen des MVV bzw. des Aufgabenträgers zu bestücken (←).

Diese dienen insbesondere der Aufnahme aktueller Hinweise zu Fahrplanänderungen, Umleitungen, Haltestellenverlegungen und dergleichen.

Aktuelle Hinweise werden vom MVV gestellt und sind rechtzeitig vor Beginn der Maßnahme und zeitnah nach Ende der Maßnahme (spätestens eine Woche nach Ende) zu entfernen und wieder durch allgemeine Informationsplakate zu ersetzen. Das Anbringen oder Aufkleben von Informationen in anderen Formaten (z.B. DIN A 4) ist nicht gestattet.

Zur Verteilung von MVV-Infomaterial ist je eine **Handzettelbox** DIN A5 in Höhe der Sondernutzungsflächen und im Einstiegsbereich (Tür 1) anzubringen. Diese Boxen dienen ausschließlich zur Aufnahme von MVV-Infomaterial und verkehrlichen Hinweisen des Verkehrsunternehmers bzw. des Aufgabenträgers. (→). Diese Boxen werden vom MVV gestellt.



Zusätzlich kann an anderer Stelle im Fahrzeug eine **weitere Handzettelbox** im gleichen Format für Werbematerialien des Auftragnehmers angebracht werden.

Weitere Hinweise zur Platzierung der Ausstattungselemente sind der Anlage A 5 zu entnehmen.

In den Fahrzeugen dürfen keine weiteren Werbematerialien des Auftragnehmers oder Dritter angebracht, ausgelegt oder ausgeteilt werden. Die Infokästen müssen jeweils zu Betriebsbeginn, d.h. vor Ausfahrt, mit den zur Auslage in den Fahrzeugen vorgesehenen Informationsmaterialien bestückt werden. Des weiteren müssen sie während des Betriebes in regelmäßigen Abständen überprüft und nachgefüllt werden. Darüber hinaus gehende Anbringung von Werbung sowie das Bekleben der Scheiben ist nicht zulässig.

In direkter Nähe zur den Türen, sowie direkt hinter dem Fahrerplatz sind Sitzplätze für Schwerbehinderte durch entsprechende Piktogramme zu kennzeichnen. Die Anbringung dieses Piktogrammes erfolgt auf Wunsch der Behindertenvertreter und des Fahrgastbeirates. Die Kennzeichnungen nach Richtlinie 2001/85 bleiben davon unberührt. →



Der Bereich der Sondernutzungsfläche gegenüber Tür 2 ist als Stellplatz für Kinderwagen und Rollstühle zu kennzeichnen.

Ferner sind folgende Hinweise an bzw. in den Fahrzeugen vorzusehen:

- ⇒ Rauchverbot gemäß BNichtRschG, →
- ⇒ während der Fahrt nicht mit dem Fahrer sprechen,
- ⇒ Verbot des Verzehrs von Speisen und Getränken, →
- ⇒ Viersprachenhinweis bzgl. erhöhtem Beförderungsentgelt (Quelle: MVV).



5.2.6.12. Heizung, Lüftung, Klimatisierung

Um in den Sommermonaten eine ausgeglichene Temperatur und in den Wintermonaten eine ausreichende Entfeuchtung des Fahrgastraumes zu erreichen, ist die Installation und der Betrieb einer ausreichend dimensionierten **Klimaanlage** vorgeschrieben. Die Klimaanlage ist ganzjährig thermostatgesteuert zu betreiben.

Für den Fall einer Störung der Klimaanlage sind ausreichende Belüftungsmöglichkeiten durch Dachluken und Klappfenster vorzusehen (für Busse bis 12 m Länge zwei Klappfenster, für Busse über 12 m vier Klappfenster, davon bei Gelenkbussen je zwei im Vorder- und Hinterwagen). Liegt keine Störung der Klimaanlage vor, sind Dachluken und Klappfenster geschlossen zu halten.

5.2.6.13. Sonstige Fahrzeugausrüstung

Die **Anfahrsperr**e muss über die Haltestellenbremse funktionieren und bei offenen Türen wirksam sein. Die Anfahrsperr hat grundsätzlich an jeder Tür zu wirken. Nach dem Schließen der Türen und nicht über Handhebel oder Schalter eingelegter Haltestellenbremse muss die Haltestellenbremse über das Fahrpedal abschaltbar sein. Ein zusätzlicher Schalter (Werkstattschalter) zum Abschalten der Anfahrsperr ist vorzusehen.

Die Druckluftleitungen sollten aus nicht rostendem Material bestehen.

Eine **beleuchtete digitale Funkuhr** ist im Fahrzeug links im Instrumententräger vorzusehen, um pünktliches Abfahren zu gewährleisten (→).

Die Nachlaufzeit bei ausgeschaltetem Motor oder ausgeschalteter Zündung hat mindestens 20 Minuten zu betragen.

Beim Einsatz von VDV-Fahrerarbeitsplätzen ist darauf zu achten, dass die Anzeige des Haltewunsches und des Haltewunsches für Mobilitätsbehinderte kontinuierlich statt blinkend erfolgt.



Die eingesetzten Fahrzeuge müssen die Möglichkeit zur Nachrüstung einer **Lichtsignalanlagen(LSA)-Ansteuerung**, bieten. Bei der Bestellung von Neufahrzeugen sind entsprechende Vorbereitungen zu berücksichtigen. Auf die Bestimmungen des Abschnittes 8.5. ff. wird verwiesen.

Die Fahrzeuge sind mit Antennen nebst Verkabelung (bis auf Höhe des Anschlusses des Fahrzeugrechners) auszustatten, die die folgenden Übertragungsstandards/zu übertragenden Daten ermöglichen/zulassen:

- LTE
- UMTS
- GPRS
- GSM
- WLAN
- GPS und DAB

Im Übrigen wird auf die Anforderungen zu den Fahrzeugrechnern in Abschnitt 5.2.6.6. und Anlage A 9 sowie in Abschnitt 8.5. verwiesen.

5.2.6.14. Außendesign der Neufahrzeuge

Das MVV-Design wird in Anlage A 5 dargestellt.

Grundsätzlich gilt:

- ⇒ Das gesamte Fahrzeugdach (hierzu gehören auch Dachaufbauten) inkl. Dachkante ist verkehrsgrün (RAL-Farbton: 6024) zu halten.
- ⇒ Der untere Fahrzeugteil ist umlaufend verkehrsblau (RAL-Farbton: 5017) zu halten.
- ⇒ Felgen und - so vorhanden - Radzierblenden sind verkehrsblau (RAL-Farbton 5017) zu lackieren.
- ⇒ Der Rest des Fahrzeugs ist weiß (RAL-Farbton: 9010).
- ⇒ Die Farben verkehrsgrün und verkehrsblau sollten jeweils an der Fahrzeugfront und im Heckbereich zusammentreffen.

- ⇒ Beidseitig ist ein Schriftzug nach Vorgabe des MVV in der Schriftart „Futura Condensed bold“ anzubringen (wird nicht vom MVV geliefert). Die beiden „V“ in „MVV“ sind dabei getrennt darzustellen.
- ⇒ Die heckseitige Werbefläche ist mit MVV-Eigenwerbung zu versehen bzw. hierfür freizuhalten. Über deren Beklebung entscheidet der MVV. Die Werbefolie wird vom MVV geliefert und ist vom Auftragnehmer umgehend anzubringen bzw. auszutauschen.
- ⇒ Oberhalb der Fensterreihe/Dachkante ist ein umlaufend verkehrsgrün/verkehrsblaues-Band (RAL 5017 unten/RAL 6024 oben) auf schwarzem Grund zu kleben / zu lackieren. Mittig im Bereich des letzten großen Fensters wird auf das Band ein MVV-Logo geklebt (wird vom MVV bereitgestellt). Dies entfällt, soweit im Heckbereich ein großes MVV-Logo angebracht ist.
- ⇒ An der Frontseite, auf der rechten Fahrzeughälfte, ist im weißen Bereich sowie heckseitig oben, rechts von der Liniennummer, je ein MVV-Logo anzubringen (wird vom MVV bereitgestellt).
- ⇒ Unterhalb des Fahrerfensters, auf der linken Fahrzeugseite sowie auf der rechten Seite zwischen Tür 1 und Vorderachse innerhalb der weißen Fläche ist der Unternehmensname mit dem Zusatz „Partner im MVV“ gut lesbar anzubringen (BOKraft-Beschriftung).
- ⇒ Werbeanbringung durch den Auftragnehmer ist nicht gestattet.

Abweichungen vom Fahrzeugdesign auf Grund der Beschaffung von Fahrzeugen verschiedener Hersteller und Typen sind nur nach Rücksprache mit dem MVV gestattet. Das abschließende Design muss in jedem Fall mit dem MVV abgestimmt werden.

Verblasste, verkratzte oder beschädigte Außenaufkleber (Logos, Werbebeklebung, Beschriftungen, Bänder o.ä.) sind umgehend durch das Verkehrsunternehmen zu ersetzen.

5.2.6.15. Innendesign

Das Fahrzeug-Innendesign ist so zu halten, dass sich auch hier das MVV-Design wieder findet. Die Materialien sind so zu wählen, dass sie geräuschkämmend, schmutzabweisend, leicht zu reinigen und schwer entflammbar sind.

Für die Sitze ist ein Bezugstoff Fa. Holdsworth (vormals Happich) Muster 781 E 082 blau, oder Stoffe in entsprechendem Design, in gleicher Art und Güte anderer Hersteller, vorzusehen (→).

Podestkanten sind signalgelb (RAL 1003) zu markieren (→).

Haltestangen, Haltegriffe, Abschränkungen, Rohrrahmen aller Art sind verkehrsgrün (RAL 6024) zu halten.

Die **Entwerter** sind in verkehrsblau (RAL 5017) zu lackieren und mit einem Ticketsymbol-Aufkleber (weiß auf transparent) zu versehen. Die Aufkleber werden vom MVV gestellt.

Die Halteschlaufen im Bereich der Sondernutzungsfläche sind – sofern möglich – in der Farbe verkehrsblau (RAL 5017) oder einer neutralen Farbe (beispielsweise hellgrau, dunkelgrau, anthrazit) zu halten.



Andere Farben sind grundsätzlich nicht zulässig und bedürften vorab einer gesonderten Absprache und schriftlichen Zustimmung des MVV.

5.2.7. Anpassung von Gebrauchtfahrzeugen

Sollen Fahrzeuge der Kategorien B, C oder D ganz oder teilweise den Anforderungen für Neufahrzeuge angepasst werden (z.B. Lackierung im MVV-Design, Nachrüstung TFT-Bildschirm), ist dies mit dem MVV abzustimmen.

5.2.8. Sauberkeit, Reinigung

5.2.8.1. Äußere Fahrzeugsauberkeit

Die Fahrzeugkarosserie muss

- ⇒ ansehnlich,
- ⇒ sauber und
- ⇒ gleichmäßig gepflegt

wirken und die Scheiben müssen

- ⇒ sauber und
- ⇒ gleichmäßig durchsichtig

sein. Eine Abweichung hiervon ist nur zulässig bei groben Frosteinwirkungen oder bei starken Witterungseinflüssen. Das Fahrzeug ist in kurzen Abständen Grund zu reinigen, es sei denn, die Witterung lässt dies nicht zu (Einfrieren der Fahrzeugkarosserie bzw. von Fahrzeugteilen).

5.2.8.2. Sauberkeit Innenraum

Der Fußboden, die Seiten- und Stirnwände müssen

- ⇒ sauber,
- ⇒ fleckenfrei,
- ⇒ frei von klebrigen Rückständen,
- ⇒ frei von Zerkratzen und
- ⇒ frei von Schmierereien

sein.

Die Sitze

- ⇒ dürfen nicht zerrissen oder aufgeschlitzt sein,
- ⇒ müssen sauber,
- ⇒ fleckenfrei (auch frei von Brandflecken),
- ⇒ frei von klebrigen Rückständen,
- ⇒ frei von abfärbenden Mitteln,
- ⇒ frei von Schmierereien und
- ⇒ trocken

sein.

Die Scheiben müssen

- ⇒ sauber,
- ⇒ gleichmäßig durchsichtig,
- ⇒ frei von Fremdaufklebern und
- ⇒ frei von Vandalismusschäden (Zerkratzen)

sein.

Verunreinigungen während des Betriebes, insbesondere

- ⇒ anstößige, ekelerregende Verunreinigungen (z.B. Erbrochenes) sowie
- ⇒ Verunreinigungen, die das Betreten des Wagens oder die Benutzung der Sitze beeinträchtigen (z.B. ausgelaufene Getränke),

sind möglichst rasch zu entfernen.

Grobmüll (Papier, leere Flaschen, Plastikmüll etc.) ist spätestens an der nächsten Endstelle beim **Fahrzeugdurchgang** vom Fahrpersonal (siehe auch Abschnitt 6.5.) zu entfernen.

6. Fahrpersonal

6.1. Grundsätze

Ziel der MVV-Qualitätsstandards ist es, den Fahrgästen eine möglichst gute Dienstleistung anzubieten. Das Fahrpersonal beeinflusst dies in hohem Maße, zumal hier oft der einzige direkte und persönliche Kontakt zum Kunden hergestellt wird. Die Standards für das Fahrpersonal dienen dazu, eine einheitlich hohe Kontaktqualität gegenüber dem Kunden herzustellen. Diese Standards gilt es zu halten und auszubauen. Der Auftragnehmer hat bei der Auswahl des Personals zu gewährleisten, dass es den gehobenen Anforderungen und Ansprüchen an einen attraktiven Nahverkehr mit umfassender Kundenorientierung entspricht.

- ⇒ Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit des Fahrpersonals werden vorausgesetzt.
- ⇒ Eine zu frühe Abfahrt an Haltestellen ist untersagt. Auf Umsteigebeziehungen zu den anderen MVV-Regionalbuslinien und MVV-Schnellbahnen ist zu achten. Sichtanschlüsse sind abzuwarten.
- ⇒ Sichere deutsche Sprachkenntnisse sind erforderlich, so dass sowohl im Gespräch mit den Kunden als auch bei der Kommunikation mit der Leitstelle eine problemlose Verständigung möglich ist.
- ⇒ Das Rauchen im Fahrzeug ist dem Fahrpersonal generell untersagt, dies gilt auch in Pausen und bei Betriebsfahrten.
- ⇒ Das Fahrpersonal ist anzuhalten, während der Verkehrsbedienung Haltestellen auf deutlich sichtbare Vandalismusschäden, Lesbarkeit und Verwitterung von Informationen zu überprüfen. Handlungsbedarf ist dem Verkehrsunternehmen unverzüglich zu melden.
- ⇒ Bei Nichteinhalten der definierten Qualitätsstandards sowie beim Einsatz nicht geschulten Personals werden entsprechende Vertragsstrafen verhängt.
- ⇒ Bei groben Verstößen gegen die Anforderungen dieses Abschnittes verpflichten sich die Vertragspartner, gemeinsam über den Ausschluss des betroffenen Fahrpersonals vom MVV-Regionalbusverkehr zu entscheiden.

6.1.1. Ausbildung

Das eingesetzte Personal muss entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen für das Führen von Kraftomnibussen im Linienverkehr geeignet sein und die dafür erforderliche Fahrerlaubnis besitzen.

Der Einsatz von scheinselbstständigen Fahrern ist unzulässig.

Die Kenntnis und Beachtung aller für den Fahrdienst relevanten Vorschriften und Gesetze ist verpflichtend. Besonders hervorzuheben sind hierbei die BOKraft, die FPersV, die StVO und die Unfallverhütungsvorschriften.

6.1.2. Einweisung

Der Fahrer muss **vor Einsatz** im Fahrdienst genaue Kenntnisse der zu bedienenden MVV-Regionalbuslinien sowie umfassende Kenntnisse der Netz- und Tarifstruktur des MVV-Verbundsystems erlangen. Im Fahrbetrieb sind die hierfür notwendigen Unterlagen (MVV-Tarifinformation und MVV-Fahrplanbuch) stets mitzuführen und auf Verlangen Fahrgästen zur Einsicht auszuhändigen. Auch sind die für den Einsatzbereich erforderlichen Fahrplan- und Ortskenntnisse (inkl. Anschluss- und Umsteigebeziehungen) zu erlangen.

6.1.3. Schulung und Fortbildung

Die Schulung des Fahrpersonals ist Aufgabe des Auftragnehmers. Auf die Verpflichtungen aus der EU-Richtlinie 2003/59/EG wird hingewiesen.

Jeder auf der MVV-Regionalbuslinie eingesetzte Fahrer hat an mindestens zwei Tagesschulungen pro Jahr teilzunehmen. Dabei ist ein Tag den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen des Linienverkehrs zu widmen (z.B. BOKraft; Betriebs- und Verkehrssicherheit) und ein weiterer Tag dem Bereich Orts-, Verkehrs- und Tarifkenntnis, Verhaltenstraining, Kundenorientierung und Stressbewältigung. Der MVV setzt ferner voraus, dass der Auftragnehmer zusätzlich zu den definierten Schulungen Weiterbildungen z.B. im Bereich Fahrsicherheitstraining oder gesundheitliche Vorbeugemaßnahmen für das Fahrpersonal fördert.

Der Auftragnehmer hat die Teilnahme des Fahrpersonals an den Schulungen dem MVV durch Vorlage von Teilnahmebestätigungen zu dokumentieren. Ebenso ist die Umsetzung der EU-Richtlinie 2003/59/EG für jeden einzelnen Fahrer zu dokumentieren. Der MVV behält sich das Recht vor, jederzeit

- ⇒ an den Schulungen des Auftragnehmers teilzunehmen,
- ⇒ die Umsetzung der EU-Richtlinie 2003/59/EG durch Einsichtnahme in die Schulungsnachweise zu überprüfen.

Ergänzend dazu hat der MVV das Recht, eigene Schulungsmaßnahmen anzubieten. Die Teilnahme an solchen Schulungsmaßnahmen des MVV ist verpflichtend. Das Fahrpersonal ist hierzu vom Unternehmen kostenneutral freizustellen (maximal ein Tag pro Jahr und Mitarbeiter).

6.2. Umgang mit Fahrgästen

6.2.1. Allgemeines

Es wird ausdrücklich auf die Regelungen der BOKraft verwiesen.

Der Umgang mit den Fahrgästen hat höflich und besonnen zu erfolgen, Fahrgäste sind zügig und zuvorkommend zu bedienen.

Aufgrund des ab dem 1. April 2007 eingeführten „kontrollierten Vordereinstiegs“ sind Fahrgäste ausschließlich über Tür 1 einsteigen zu lassen. Dabei sind grundsätzlich die Fahrausweise zu kontrollieren, von diesem Grundsatz kann nur in begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden, z.B. bei starkem Fahrgastaufkommen oder Mitnahme von Rollstühlen und Kinderwagen. Der Ausstieg kann über alle Türen erfolgen. Für den Landkreis München gilt diese Regelung erst ab 21:00 Uhr.

6.2.2. Hilfsbedürftige Personen

Hilfsbedürftigen Fahrgästen ist beim Ein- und Ausstieg Hilfe anzubieten und auf Wunsch zu gewähren, insbesondere Fahrgästen mit Rollstühlen oder Kinderwagen.

Die Klapprampe ist ausschließlich vom Fahrpersonal zu bedienen.

6.2.3. Konfliktlösung

Möglichen Konflikten ist frühzeitig und deeskalierend entgegenzuwirken.

Im Falle der Belästigung von Fahrgästen untereinander hat das Fahrpersonal entsprechende Maßnahmen einzuleiten (z.B. Aufforderung zu Einhaltung der Beförderungsbestimmungen oder Information an die Betriebsleitung bzw. an die Polizei).

6.3. Kundeninformation

In jedem Fall sind alle Haltestellen ohne Ausnahme auszurufen (vgl. § 8 Abs. 2 BOKraft). Dies ist auch bei Störung der Ansagegeräte sicherzustellen.

Das Fahrpersonal ist verpflichtet, Fahrgäste bei jeder Form der Betriebsstörung, insbesondere bei größeren Verspätungen, Umleitungen, Abweichungen vom Fahrweg und technischen Störungen rechtzeitig und präzise zu informieren und um Verständnis zu bitten (z.B.: *„Sehr geehrte Fahrgäste, Wir bitten um Ihr Verständnis!“*). Auch sind Fahrgäste auf gefährliche oder ungewöhnliche Haltepunkte (z.B. außerhalb des Haltestellenbereiches) aufmerksam zu machen (z.B.: *„Bitte Vorsicht beim Aussteigen!“*).

6.4. Fahrstil

Die Fahrweise ist den jeweiligen Witterungsverhältnissen anzupassen. Der Fahrstil sollte zügig und möglichst ruckfrei sein. Beim Anfahren und Bremsen ist, soweit möglich, auf stehende Fahrgäste sowie Rollstühle und Kinderwagen Rücksicht zu nehmen.

Maßnahmen, die das Fahrpersonal zu Kraftstoff sparender Fahrweise anhalten (z.B. Schulungsmaßnahmen, innerbetriebliche Wettbewerbe oder Prämien), sind wünschenswert.

6.5. Weitere Aufgaben des Fahrpersonals

- ⇒ An jeder Endhaltestelle ist das Fahrzeug bei einem **Fahrzeugdurchgang** auf augenfällige Beschädigungen, Verunreinigungen und Fundsachen zu überprüfen. Grobe Verunreinigungen (z.B. Zeitungen, Flaschen, Essensreste) sind sofort zu entfernen.
- ⇒ Bei besonderen Beschädigungen oder Verunreinigungen, die nicht vor Ort beseitigt werden können und die eine Beeinträchtigung für die Fahrgäste darstellen, ist die Betriebsleitung umgehend zu informieren und ein Fahrzeugtausch zu erwirken. Auf die Vorgaben zur Fahrzeugsauberkeit in Abschnitt 5.2.8. wird Bezug genommen.
- ⇒ **Fundsachen** sind beim Fahrzeugdurchgang an der Endhaltestelle sicherzustellen. Bei wichtigen Gegenständen, wie z.B. Schlüsseln oder Geldbörsen, ist die Betriebsleitung sofort zu informieren, damit sie möglichst rasch an die Eigentümer zurückgegeben werden können.
- ⇒ Mängel und Schäden an Haltestellen sowie Verbesserungsvorschläge bzgl. Fahrplan und Fahrweg (auch von Fahrgästen geäußert) sind der Betriebsleitung zu melden.
- ⇒ Zudem obliegt dem Fahrpersonal die tagesaktuelle Bestückung der Info-Kästen in den Fahrzeugen.
- ⇒ Das Fahrpersonal kann gegenüber dem MVV bei Beschwerden zur Stellungnahme herangezogen werden.

6.6. Dienstkleidung

Die Bekleidung des Fahrpersonals besteht aus einfarbigen hellblauen oder weißen Oberhemden bzw. Blusen und dunkelblauen Stoffhosen. Zusätzliche Kleidungsstücke wie Sakkos, Jacken, Pullover oder Kopfbedeckungen etc. müssen ebenfalls in dunkelblauer Farbe gehalten sein.

Im Winterhalbjahr (01. Oktober bis 30. April) besteht die Pflicht zum sichtbaren Tragen einer vom MVV gestellten Dienstkrawatte bzw. eines Diensthaltstuches.

Auf den Kleidungsstücken dürfen weder Werbung noch Embleme Dritter (z.B. anderer Verkehrsgesellschaften) angebracht sein.

Das Fahrpersonal ist verpflichtet, ein Namensschild mit dem Nachnamen und dem Zusatz Herr bzw. Frau für die Fahrgäste gut sichtbar zu tragen. Alternativ kann der Fahrername auch im Display des Geldkartenlesegerätes angezeigt werden.

Darüber hinaus wird ein gepflegtes und seriöses Erscheinungsbild des Fahrpersonals vorausgesetzt.

7. Sozialstandards

Aufgabenträger und MVV erwarten vom Auftragnehmer die Wahrung sozialer Mindeststandards. Diese ist deshalb mit dem beiliegendem Formblatt „Bietererklärung“ Anlage B 4 zu erklären. Diese Erklärung beinhaltet sowohl Bestimmungen zur Einhaltung von Tarifverträgen sowie von Lenk- und Ruhezeiten als auch zur Einhaltung der Sozialstandards bei Auftragsunternehmerleistungen.

8. Betriebsführung und allgemeiner Fahrbetrieb

8.1. Grundsätze

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vorgegebenen Fahrpläne einzuhalten und einen pünktlichen Betrieb zu gewährleisten.

Die Betriebsführung bzw. das Verkehrsunternehmen unterliegt einer Reihe von einschlägigen Gesetzen und Vorschriften, auf die hier ausdrücklich verwiesen wird. Dies sind in erster Linie:

- ⇒ Personenbeförderungsgesetz (PBefG)
- ⇒ Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft)
- ⇒ Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV)
- ⇒ Fahrpersonalverordnung (FPersV)
- ⇒ Straßenverkehrsordnung (StVO)
- ⇒ Straßenverkehrsgesetz (StVG)
- ⇒ Straßenverkehrs-Zulassungsordnung (StVZO)
- ⇒ Strafgesetzbuch (StGB)
- ⇒ Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG)
- ⇒ Verwarnungs- und Bußgeldkatalog

Die Kommunikation zwischen den Fahrzeugen und der Betriebsleitung mittels Sprech-, Bündelfunk, Mobiltelefon o.ä. ist sicherzustellen.

Das Fahrpersonal hat alle aktuellen MVV-Informationen umgehend zu erhalten und ist für die MVV-Schulungsmaßnahmen freizustellen.

8.2. Zusammenarbeit

Die Vertragspartner kooperieren eng miteinander und unterstützen sich gegenseitig und zwar insbesondere durch:

- enge Abstimmung bei fahrplantechnischen Problemen,
- die jederzeit zu gewährleistende kurzfristige Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners,
- die zeitnahe Weitergabe vertragswesentlicher Informationen oder Informationen über erhebliche betriebliche Störungen.

Probleme mit Fahrzeiten und Anschlüssen sind zeitnah dem MVV mitzuteilen. In diesen Fällen ist kooperativ nach Lösungen zu suchen. Ebenso ist bei der Planung von Verkehren, der Beseitigung von Mängeln, der Beschwerdebearbeitung und der Störungsbeseitigung konstruktiv mitzuarbeiten.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sich mit dem MVV kooperativ über Metrieungsdaten, Fahrzeug- und Personalausfälle auszutauschen und in zumutbarem Umfang Einsicht in das Betriebsgeschehen zu geben, insbesondere in begründeten Beschwerdefällen. Auf Verlangen des MVV müssen die zur Beschwerdebearbeitung notwendigen Tachoscheiben zur Verfügung gestellt werden.

Fundsachen sind sorgfältig zu verwahren und dem Kunden zeitnah zu übergeben. Fahrer und Betriebsleitung haben hierbei konstruktiv mitzuwirken.

Der Auftragnehmer hat Maßnahmen, die über den vereinbarten Fahrbetrieb hinausgehen, auf Wunsch des MVV, des Aufgabenträgers, der Genehmigungs- oder der Straßenverkehrsbehörde zu unterstützen. Dies sind insbesondere immer wiederkehrende Maßnahmen wie beispielsweise:

- ⇒ Verkehrsforschung (Fahrgastbefragungen oder -zählungen),
- ⇒ Vermarktungsaktivitäten,
- ⇒ zusätzliche Serviceangebote.
- ⇒ Besondere Vermarktungsaktivitäten für diese MVV-Regionalbuslinie werden vom MVV entwickelt, koordiniert und durchgeführt. Der Auftragnehmer hat hierfür die bestmögliche Unterstützung zu gewähren. Soweit der MVV Unterstützung in Form von zusätzlichen Fahrzeugen oder Personal vom Auftragnehmer benötigt, meldet er diesen Bedarf mindestens zwei Wochen vor dem geplanten Termin an.
- ⇒ Informationen an die Medien sind vorab mit dem MVV abzustimmen.

8.3. Betriebsaufnahme

Der Auftragnehmer hat die rechtzeitige Betriebsaufnahme sowie störungsfreien Regelbetrieb ab dem Zeitpunkt des Betriebsbeginns hinsichtlich der von ihm beeinflussbaren Faktoren zu gewährleisten. Dazu gehören vor allem

- ⇒ die fristgerechte Beantragung der Linienverkehrsgenehmigung,
- ⇒ die fristgerechte Bestellung der Neufahrzeuge,
- ⇒ die fristgerechte Bestellung der Haltestellenmasten,
- ⇒ das fristgerechte Betriebsaufnahmegespräch mit dem MVV (binnen zwei Wochen nach Zuschlag),
- ⇒ die Teilnahme an der Verkehrsschau.

Der Auftragnehmer hat zudem vor Betriebsaufnahme einen zuständigen **Ansprechpartner** – nebst Vertreter – mit ausreichenden Kompetenzen zu benennen, der in besonderen Situationen kurzfristig und flexibel vor Ort zur Verfügung stehen kann. Die Erreichbarkeit für den Aufgabenträger und den MVV ist sicherzustellen und die notwendigen Telefonnummern, Faxnummern und Mailadressen sind bekannt zu geben. Dies gilt insbesondere auch bei Änderungen der zuständigen Person oder ihrer Erreichbarkeit.

8.4. Betriebsstörungen

Sofern Unregelmäßigkeiten oder größere **Störungen im Betriebsablauf** entstehen, ist der Auftragnehmer für den Einsatz entsprechender Einsatz- bzw. Ersatzfahrzeuge verantwortlich.

Für Vorhaltung und Einsatzplanung von **Reservepersonal und -fahrzeugen** hat der Auftragnehmer zu sorgen. Die Aufrechterhaltung des Linienbetriebs hat stets oberste Priorität.

Die **Ersatzfahrzeuge** müssen schnellstmöglich – mindestens aber innerhalb von 45 Minuten nach Ausfall eines Fahrzeuges – bereitgestellt werden. Soweit der Auftragnehmer konkrete, kundenfreundliche Zusagen im Rahmen seines Angebotes gemacht hat (Zuschlagskriterium siehe Abschnitt 2.5.2.) sind diese verbindlich, ihre Nichteinhaltung wird entsprechend den Regelungen im Verkehrsvertrag sanktioniert.

Über planmäßige und außerplanmäßige baustellen- oder betriebsbedingte **Einschränkungen des Angebots** sowie eventuell erfolgte Maßnahmen (z.B. Ersatzleistungen) hat der Auftragnehmer den MVV innerhalb von 24 Stunden nach Eintreten des Vorfalles zu unterrichten.

Die Meldungen enthalten folgende Angaben:

- ⇒ Angaben zu evtl. ausgefallenen Fahrten,
- ⇒ Anzahl der ausgefallenen Nutzwagenkilometer,
- ⇒ Zeitpunkt und Dauer des Ausfalls,
- ⇒ Grund des Ausfalls,
- ⇒ Angaben über Ersatzverkehre.

Der Auftragnehmer sorgt zudem dafür, dass MVV und Fahrgäste bei Betriebsstörungen oder Abweichungen vom Linienweg (beispielsweise durch Baustellen, Umleitungen, Unfälle, Veranstaltungen, sonstige Sperrungen) informiert werden:

- ⇒ Zum einen ist das Fahrpersonal anzuhalten, in diesen Fällen wiederholt Durchsagen in den Fahrzeugen vorzunehmen,
- ⇒ zum anderen sind diesbezügliche schriftliche Aushänge (MVV-Fahrgastinformation) beim MVV anzufordern, in den Fahrzeugen und an den Haltestellen anzubringen und nach Beendigung der Maßnahme umgehend zu entfernen.

Sollten kurzfristig Störungen auftreten, hat der Unternehmer geeignete Maßnahmen zur Fahrgastinformation zu ergreifen und sich umgehend mit dem MVV in Verbindung zu setzen.

Folgende Fahrgastinformationen sind zulässig:

- ⇒ DIN A 2 hoch (an der Rückwand Fahrerkabine anzubringen),
- ⇒ DIN A 4 hoch (im Fahrplankasten der Haltestelle anzubringen),
- ⇒ DIN A 5 hoch (für die Infobox, Höhe Sondernutzungsfläche).

Treten **regelmäßige Störungen** im Verkehrsablauf ohne Verschulden des Auftragnehmers auf, werden MVV und Auftragnehmer einvernehmlich versuchen, Problemlösungen zu entwickeln (z.B. Veränderung des Fahrplans oder des Linienweges).

8.5. Erfassung und Übermittlung von Betriebsdaten

Die Umsetzung der im Folgenden genannten Forderungen kann einerseits durch ein eigenes RBL-System des Auftragnehmers erfolgen oder aber über das derzeit im Aufbau befindliche „Integrationssystem für Echtzeitdaten“ (ISE) des MVV.

Das Verkehrsunternehmen wirkt bei der Einrichtung und Umsetzung der Echtzeitdatenversorgung, der Statistikerfassung und einer LSA-Ansteuerung kooperativ mit.

Hinsichtlich der dbzgl. Anforderungen an die Fahrzeugrechner und die übrige technische Ausstattung der Fahrzeuge wird auf die Abschnitte 5.2.6.6., 5.2.6.13 und Anlage A 9 verwiesen.

Die Kosten für die entsprechende Fahrzeugausstattung und die beim Verkehrsunternehmen vorzusehenden Hintergrundsysteme (Hardware, Software und Wartung) sowie die Datenübertragung sind absehbar und in der Kalkulation zu berücksichtigen. Die dbzgl. vom Auftragnehmer kalkulierten Kosten müssen transparent belegt werden können und sind gegenüber dem Auftraggeber bei Bedarf offenzulegen.

Soweit darüber hinaus Kosten entstehen, die bislang noch nicht beziffert werden können oder noch nicht absehbar sind, wird eine Klärung vor der Umsetzung entsprechender Maßnahmen zwischen dem MVV, dem Verkehrsunternehmen und weiteren am Projekt beteiligten Partnern herbeigeführt. Soweit keine gesonderte Finanzierung im Rahmen des jeweiligen Projektes sichergestellt werden kann, handelt es sich bei den zusätzlichen Kosten, die der gegenständlichen MVV-Regionalbuslinie zugerechnet werden können, um Betriebskosten im Sinne des Verkehrsvertrages.

8.5.1. Echtzeitdaten

Die eingesetzten Fahrzeuge müssen Echtzeitdaten erfassen und übermitteln können. Dabei handelt es sich u.a. um folgende Daten – auf die Spezifikationen in Abschnitt 5.2.6.6. und Anlage A 9 wird ergänzend verwiesen:

- ⇒ Daten zur Ortung (logisch und per GPS),
- ⇒ Daten zur Fahrplanlage,
- ⇒ bediente Haltestellen,
- ⇒ Daten zum Türkriterium,

Der Zugriff auf diese Daten ist sowohl zum Zeitpunkt der Erzeugung (online) als auch zu jedem späteren Zeitpunkt (offline, bis maximal sechs Monate nach deren Generierung) zu gewährleisten.

Die vom MVV erstellten und elektronisch zur Verfügung gestellten Soll-Fahrpläne sind vom Verkehrsunternehmen tagesscharf um betriebliche Merkmale zu ergänzen (z.B. Umläufe, Aus- und Einrückfahrten), damit sie für die Generierung von Echtzeitdaten geeignet sind und in geeigneten Datenformaten in RBL-Systeme integriert werden können. Die aufbereiteten Fahrpläne sind, soweit das ISE des MVV genutzt wird, dem MVV elektronisch zur Verfügung zu stellen. Der MVV hat dabei keinen Zugriff auf die Umlaufdaten, innerhalb des Systems werden die Daten aber zur Prognoseberechnung verwendet. Hinsichtlich der verwendeten Datenformate bei der Lieferung der Soll-Fahrpläne vom MVV an das Verkehrsunternehmen und – bei Nutzung des ISE – der um die betrieblichen Merkmale ergänzten Soll-Fahrpläne vom Verkehrsunternehmen an das ISE, wird auf Anlage A 9 verwiesen.

8.5.2. Anschlusssicherung

Die Sicherung von Anschlüssen zwischen eigenen und fremden Verkehrsmitteln muss unabhängig vom jeweils verwendeten RBL-System bzw. der Einbindung in das ISE des MVV gewährleistet sein. Hierbei wird auf die VDV-Standards 453 ANS und VDV 454 verwiesen, die für den Datenaustausch zwischen verschiedenen RBL-Systemen maßgeblich sind.

8.5.3. Statistische Daten

Die eingesetzten Fahrzeuge müssen weitere statistische Daten erfassen und übermitteln können. Dabei handelt es sich u.a. um folgende Daten – auf die Spezifikationen in Abschnitt 5.2.6.6. und Anlage A 9 wird ergänzend verwiesen:

- ⇒ Fahrgastzahlen (soweit fahrzeugtechnisch erhoben),
- ⇒ Fahrplanstatistiken,
- ⇒ sonstige erhobene Statistiken.

Der Zugriff auf diese Daten ist sowohl (online) als auch (offline, bis maximal sechs Monate nach deren Generierung) zu gewährleisten.

8.5.4. LSA-Ansteuerung

Zur Beschleunigung des ÖPNV und dessen Priorisierung gegenüber dem Individualverkehr wird zunehmend die Beeinflussung von Lichtsignalanlagen (LSA) erforderlich. Die eingesetzten Fahrzeuge müssen daher ferner die Möglichkeit zur Nachrüstung einer Lichtsignalanlagen(LSA)-Ansteuerung bieten. Hinsichtlich der Fahrzeugrechner sind entspr. Vorbereitungen bereits jetzt zu treffen – auf die Spezifikationen in Abschnitt 5.2.6.6. und Anlage A 9 wird ergänzend verwiesen:

8.6. Fahrzeugsondernutzung

Der Auftragnehmer stellt gegen Kostenerstattung (die Kostenermittlung erfolgt auf Basis der dem MVV vorgelegten Kalkulation) dem MVV die Fahrzeuge inkl. Fahrpersonal für unregelmäßige Sondernutzungen (z.B. Stadtfeste, Weihnachtsverkehr, Vermarktungsmaßnahmen für diese MVV-Regionalbuslinie oder soziale Aktionen etc.) zur Verfügung. Die Sondernutzungen können auch außerhalb der in dieser Leistungsbeschreibung genannten Zeiten stattfinden. Aufträge gehen dem Auftragnehmer spätestens zwei Wochen vor einer beabsichtigten Sondernutzung schriftlich zu.

8.7. Fahrausweiskontrollen

Die Fahrausweiskontrollen werden durch Mitarbeiter des MVV bzw. beauftragter Kontrolldienste vorgenommen. Auf die grundsätzlichen Kontrollaufgaben des Fahrpersonals gemäß Abschnitt 6.2.1. wird verwiesen.

8.8. Umweltstandards

Neben den Vorgaben zu den Umweltstandards der Fahrzeuge in Abschnitt 5.2.6. sind auch bei der Betriebsabwicklung Mindeststandards einzuhalten.

Bei Standzeiten von mehr als zwei Minuten ist zur Vermeidung der Belästigung von Anwohnern und Fahrgästen sowie zur Reduzierung von Emissionen der Motor abzustellen.

Bei der Betriebsdurchführung sind vom Auftragnehmer alle relevanten Gesetze und Vorschriften bzgl. Umweltschutzvorgaben einzuhalten. Dies ist insbesondere zu beachten bei

- Wartung und Reinigung der Fahrzeuge,
- Entsorgung von Schmierstoffen und Verschleißteilen,
- Entsorgung des Mülls aus dem Fahrzeug.

